

Volkswacht

Einzelnenpreis:
Die Originalen 80 Bfg. für auswärts 85 Bfg., die 2 geposteten Heftausgaben 1 Mk. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Bfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 45 Bfg. vierteljährlich 1,35 Mk., einschließlich Postgebühren. In den Abholstellen monatlich 10 Bfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Bfg.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32
Publications-Organ der Freien Gewerkschaften
Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 27 Danzig, Sonnabend den 6. Juli 1918 9. Jahrgang

Scheidemann spricht zum Etat

In dem gewaltigen Kampf, von dem selbst der Weltkrieg nur ein Abschnitt darstellt, ist eine parlamentarische Rede, und wäre sie die beste, gewiß nur ein kleines Ereignis. Bleibt man aber die Rede Scheidemanns, die er am Mittwoch bei der dritten Lesung des Etats im Reichstage gehalten hat, so wird man ihm das Verdienst nicht abschreiben können, die politische Debatte bei diesem Anlaß auf die Höhe der Grundzüge geführt und eine weitgehende Klärung der politischen Lage bewirkt zu haben. Genosse Scheidemann war mit seinen Erklärungen in dieser Rede ohne Zweifel der wirkliche Wortführer der Nation. Und sein Ruf nach einem raschen

„Schluß in Ehren“
wird so ziemlich in allen unter dem Krieg leidenden Volksteilen als Ausdruck des eigenen tiefsten Wunsches empfunden.

Demgegenüber verschlägt es gar nichts, wenn der konservative Graf Westarp seine Angriffe gegen die Sozialdemokratie mit der widerlichen Bemerkung schloß: „Wenn Scheidemann und seine Reden längst vergessen sein würden, werde noch der Name Hindenburg in der Geschichte glänzen“.

Der Sozialdemokratie kam es noch nie darauf an, die Namen ihrer Wortführer auf Granitsockeln für alle Zeiten zu verewigen. Wichtiger war und ist für sie der Fortgang der Entwicklung zu Wohlstand und Freiheit, wozu spätere Geschlechter sicher durch die Arbeit der Sozialdemokratie kommen werden. Und so antwortet der „Vorwärts“ dem Grafen Westarp mit Recht: „Wenn die Namen der großen Heerführer längst der Geschichte angehören werden, wird der Geist des Sozialismus noch leben und siegreich sein.“

Nachfolgend geben wir die bedeutende Rede Scheidemanns wieder:

Abg. Scheidemann (Sozialdemokrat):
In diesem an Abgeschmacktheit reichen Kriege gibt es kaum etwas Abgeschmackteres, als die Fliegerangriffe auf offene Städte außerhalb des Kriegsgebietes.

In Deutschland haben die feindlichen Flieger bisher keinen ernstlichen Schaden anzurichten vermocht, sondern nur Hunderte von Frauen und Kindern getötet und verkrüppelt. Das grausame Frauen- und Kindermorden hat gar keinen Sinn.

Gewiß hat England damit begonnen, Krieg gegen Frauen und Kinder zu führen, indem es uns die Zufuhr von Lebensmitteln sperren. Aber damit versprach es sich, Deutschland zu raschem Kapitulation zu zwingen, während die Fliegerangriffe auf das Kriegsende überhaupt keinen Einfluß haben können.

Deshalb fordern wir die Reichsregierung auf, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen.

Wird ihre Anregung abgelehnt, diese Fliegerangriffe einzustellen, so bleibt doch noch ein Vorteil auf deutscher Seite; denn alle verständigen Menschen würden unserer Regierung recht geben. Und moralische Eroberungen könnten uns gewiß nichts schaden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Eine Generaldebatte über unsere äußere und innere Politik muß auf die Rede des Staatssekretärs von Kühlmann am vorigen Montag zurückgreifen.

Diese Auseinandersetzungen haben die öffentliche Meinung aufs tiefste erregt.

Herr v. Kühlmann hat keine neue Wahrheit ausgesprochen, sondern nur eine längst bekannte Meinung zu programmatischem Ausdruck gebracht.

Wir Sozialdemokraten sind grundsätzlich Gegner aller Annexionen und Vergewaltigungen, mögen diese nun leicht oder schwer erreichbar sein. Wir werden deshalb mit unserer Parole: keine Annexionen, sondern Verständigung, auch dann und erst recht dann hervortreten, wenn wir nur gegen einen viel schwächeren Gegner gekämpft hätten. Denn wir Sozialdemokraten treten stets dem Hebermut der Uebermächtigen entgegen in der inneren wie der äußeren Politik.

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Aber um diese Grundzüge handelt es sich hier garnicht, sondern um die Beurteilung der Tatsachen, in der uns alle vernünftigen Politiker recht geben, auch wenn sie politisch auf einem ganz andern Standpunkt stehen als wir; darüber nämlich, daß dieser Krieg von Deutschland nicht als Eroberungskrieg geführt werden darf, wenn er nicht zum Untergang des europäischen Volkes und vielleicht ganz Europas führen soll.

Die richtige Einschätzung der auf beiden Seiten wirkenden materiellen und moralischen Kräfte sichert zwar Deutschlands unbeschädigte Fortexistenz auch gegenüber den ungeheuersten Ansetzungen, macht aber das Streben nach deutscher Weltbeherrschung aussichtslos. Hätte Deutschland nach Weltbeherrschung streben wollen — wir hätten das nicht gebilligt —, so hätte es seinen jeweiligen politischen Gegner isolieren und dann schlagen müssen, und sich zugleich möglichst viel politische Sympathien zu erwerben suchen müssen.

Eine derartige Politik ist nicht getrieben worden, wir sind nichtsahnend in diesen größten aller Kriege hineingeklappt.

(Sehr wahr!) Von Feinden rings umstellt, von wütendem Haß der ganzen Welt umgeben, konnte Deutschland rein praktisch keine andere Politik treiben, als die Verteidigung seines bisherigen Bestandes. Es mußte sich unter allen Umständen hüten, als gewalttätiger Umpfänger der bestehenden Weltordnung zum eigenen machtpolitischen

Vorteil zu erscheinen, weil es dadurch die feindliche Koalition immer aufs neue zusammenschweißte. Deutschland mußte also einen nationalen Verteidigungskrieg führen, und ihn jederzeit zu beenden bereit sein, sobald sein Bestands gesichert war.

Vier Jahre lang hat die deutsche Sozialdemokratie dafür gekämpft, dieser Auffassung in der deutschen amtlichen Politik zum Durchbruch zu verhelfen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und es hat während des Krieges keine Regierung in Deutschland gegeben, die nicht nahezu restlos unsere Auffassung geteilt hätte. Hört! Hört! bei den Soz. und Bewegung.)

Das ist ja nahezu allgemein bekannt. Sämtliche Herren, die mit der auswärtigen Politik amtlich befaßt sind, würden privatim der Rede Kühlmanns jachlich zustimmen müssen. Mancher würde vielleicht sagen, die Rede sei trotzdem ein Fehler, weil man so etwas nicht öffentlich sage. Aber diese Auffassung müssen wir mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Das gehört ja auch zu den „verehelbten“ Wirkungen des Krieges, daß durch ihn eine Atmosphäre der öffentlichen Verlogenheit hergestellt wird.

Befreiten wir uns doch von diesem Uberglauben, machen wir doch dem Lügenhymnen ein Ende!

(Sehr gut! links.) Wir können es! Es ist gar keine Gefahr dabei, wenn wir so laut und so oft als möglich aussprechen: Wir können uns gegen eine ganze Welt behaupten, aber ihr nicht unsern Willen aufzwingen.

Kühlmann hat ausgesprochen, was wir alle denken, und seine Rede hätte eine politische Tat werden können, wenn nicht die zweite Rede gefolgt wäre.

Er hat zwar nicht widerrufen, aber seiner Rede doch die Bedeutung genommen, und ihren möglichen Nutzen zerstört. Dabei ist das offene Aussprechen der Erkenntnis, daß militärische Machtmittel allein den Krieg nicht beenden, die einzig praktische Möglichkeit zum Frieden. Wir sollen es einmal mit einer Offensive der Wahrheit versuchen, aber dazu fehlt leider der Mut.

Wir brauchen eine Politik der unbedingten Klarheit und Wahrheit!

Nur dadurch können wir den Frieden erlangen, der uns die Möglichkeit gäbe, uns von den grauenvollen Leiden dieses Krieges zu erholen.

Der Rückzug, den Herr v. Kühlmann vor dem Großen Hauptquartier angetreten hat, eröffnet uns in dieser Beziehung die unerträglichsten Aussichten. Wo ist der Mann im Bürgerrock, der den Herren im Hauptquartier unerschroden die Wahrheit sagt. Die Herren befinden sich in einer Selbsttäuschung. Sie könnten vielleicht Paris nehmen, vielleicht die Engländer aus Frankreich vertreiben, vielleicht sogar, obwohl das sehr unwahrscheinlich ist, die Feinde zum Friedensschluß zwingen. Aber den Weltfrieden, den wir brauchen, kann das Schwert allein nicht erringen, dazu ist kluges politisches Vorgehen notwendig. Wir bewundern die militärischen Leistungen dieser Herren, aber sie sollten die Hände von der Politik lassen, in der sie Dilettanten sind. Statt dessen erleben wir jetzt Anzeichen einer aufdringlichen Herrschaft, die notgedrungen zu den schärfsten Konflikten führen muß.

Ob die Herren von der Regierung sich die militärische Zensur gefallen lassen, lasse ich dahingestellt; der Reichstag läßt sie sich selbstverständlich nicht gefallen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Es ist geradezu unerträglich, daß eine Stelle, die über die Ministerrede wachend ist, der Presse verbietet, sie logisch nach ihrem Sinn aufzulassen.

Die Presse geht schlimmen Zeiten entgegen, wenn der Reichstag verlagert wird. Denn bei uns herrscht der militärische Absolutismus gemildert durch die Furcht vor dem parlamentarischen Standal.

(Beifall und Heiterkeit!) Die Herren der Regierung sind nicht zu beneiden. Als Führer eines in hundert Schlachten erprobten Volkes, die das Volk aus dieser ungeheuren Katastrophe hinaus in eine bessere Welt führen sollte, müßte mit unwiderstehlicher Energie alle entgegenstehenden Hindernisse zerplatzen. (Lebhafte Beifall links.) Eine solche Regierung würden wir mit Freuden unterstützen.

Aber der Regierung, die nach 4 Jahren noch immer nicht über den Belagerungszustand hinwegkommt, verweigern wir den Etat.

Das darübende Volk fühlt sich in einem Zustand der Not und Anechtlichkeit. In diesen frischen Ernährungswochen, von denen ich noch nicht weiß, wie wir sie überleben, erleben wir das Trauerspiel der Wirklichkeit.

Warum hat die Regierung nicht aufgelegt?

In den weitesten Volksteilen herrscht tiefschmerzliche Erbitterung. Es gibt nur eine Stimmung: Schluß. Natürlich Schluß in Ehren, ohne Schaden an Deutschlands Lebensinteresse, aber Schluß. Die Regierung muß Belgiens Rechte auf Selbstständigkeit unumschränkt anerkennen, und alles tun, um eine weitausschauende Friedenspolitik zu treiben.

Es ist eine tieferste Mahnung und Warnung: es geht um Tod und Leben von Millionen! (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Auf die Ausführungen des Vizkanzlers, des Kühlmann-Syndikers Graf Westarp und des „vaterlandsparteilichen“ National-liberalen Thoma

erwiderte Scheidemann:

Vizkanzler v. Payer soll in seiner Erwiderung auf meine Rede, die ich leider nicht mit anhören konnte, einen scharfen Ton angeschlagen haben. Dazu habe ich ihm keine Veranlassung gegeben. Ich habe gegen die Oberste Heeresleitung keine Forderung erhoben, deren Begründung nicht jeder von Ihnen kennt. Wer verhindert denn die Auflösung des preußischen Landtages? Wer hält noch immer im ganzen

Deutschen Reich den Belagerungszustand aufrecht, obwohl die Zivilregierung bereit wäre, ihn einzuschränken? Wer verweigert in der praktischen Ausführung das Schlußangebot in sein Gegenteil? Wer hat den Lituanern verboten nach Berlin zu kommen, nachdem gerade Vizkanzler v. Payer selbst ihnen zugeagt hatte, daß sie jederzeit kommen könnten? Wer verhindert die Eisen nach Berlin zu kommen, obwohl die Regierung es ihnen erlauben will, damit sie hier darlegen, daß es falsch ist, wenn man uns erzählt, die Eisen und Leuten wollten zu Deutschland? Alles dies ist doch das Werk der Obersten Heeresleitung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und wer vor allem hat die Kühlmann-Rede gesteuert? Hat nicht die Oberste Heeresleitung den Verteilern der Presse die Leitlinien gegeben, die eigentlich Kühlmann galten? Hat nicht die Oberste Heeresleitung verboten, aus der Kühlmann-Rede die Schlüsse zu ziehen, die logisch allein möglich waren?

Das sind nur ein paar Beispiele, wie ich sie jetzt im Augenblick aus dem Kermel schüttele. Herr v. Payer hat gesagt, die Regierung sage nicht zu ihrem Vergnügen hier. Das habe ich niemals angenommen. Ich habe in meiner Rede ausdrücklich gesagt, daß ich die Herren nicht beneide. Ich bin auch überzeugt, daß die Herren von der Regierung nicht im mindesten daran zweifeln, durch ihre Tätigkeit dem Vaterland zu dienen.

Aber ich mußte eben meine Meinung aussprechen, daß sie nach unserer Auffassung dem Lande besser dienen, wenn sie der Obersten Heeresleitung gegenüber energischer auftraten, als es bisher geschah. Ich habe von dem, was ich in meiner Rede gesagt habe, nicht einen Satz, nicht ein Wort zurückzunehmen.

(Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Gewiß ist die Zusammenarbeit notwendig, und wir machen der Regierung und der Heeresleitung keinerlei Vorwurf daraus. Aber gewisse Voraussetzungen müssen dabei erfüllt sein. Vor allem muß volle Klarheit in der Friedensfrage herrschen. (Sehr gut! links.)

Graf Westarp hat sich einige mit unverständlicher Scherze gelassen. Er hat gemeint, als Minderheit können wir uns die Demonstration der Staatsablehnung leisten, aber als Mehrheit brächten wir dadurch das Reich in große Gefahr.

Aber wenn wir die Mehrheit hätten, würden wir den Etat ja so gefassen, das er uns gefalle, und solche Zustände schaffen, daß gar kein Gedanke an seine Ablehnung sein könnte.

(Sehr wahr! links.) Auch meine Aeußerung über die Fliegerangriffe hat Graf Westarp entstellt. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß es für die verbrecherische Ansehungslosigkeit Englands gar kein Wort der Entschuldigung gibt, aber darüber hinaus ist das Bombenwerfen noch völlig sinnlos. Graf Westarp hat bestritten, daß die Arbeiter das Gefühl der Not und Anechtlichkeit hätten.

Er hat das Gefühl sicher nicht. (Heiterkeit.) Wohl aber die Millionen Arbeiter, die nicht wissen, wovon sie morgen leben sollen, keine Versammlungsfreiheit haben und aus der Presse nicht die Wahrheit erfahren.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch Graf Westarp bekennt sich zum Verteidigungskrieg. Aber wer Longwy und Brien und die flandrische Küste haben will, will eben erobern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Und wir wollen Klarheit, ob die Regierung mit der Vaterlandspartei geht oder gegen sie.

Herr Dr. Thoma hat sich gegen die Offensive der Wahrheit gemehrt. Was wir denn mit der Wahrheit erreicht hätten? Was haben wir denn mit dem Gegenteil erreicht?

Vier Jahre Krieg und noch keine Aussicht auf Ende. Und wenn wir nicht unsere Friedenspropaganda betrieben hätten, wäre es noch viel schlimmer.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sollen früher einem Zusammenarbeiten mit der Obersten Heeresleitung auch nicht abgeneigt gewesen sein. Ich stelle fest, daß wir zur Zeit der Debatte über die Friedensresolution einmal von ihr zu einer Rücksprache gebeten wurden und höflich, wie wir von Hause aus sind (Heiterkeit), dieser Einladung nachgekommen sind. Ich sehe durchaus nichts Berwerfliches oder Verbrecherisches darin, daß Heeresleitung und Reichsleitung Hand in Hand arbeiten.

Nur darf nicht der eine Teil bloß diktiert.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen nicht zwischen Heeresleitung und Reichsleitung einen Keil treiben. Wir wollen im Gegenteil gesunde Zustände herbeiführen und das Vertrauen zur Zivilregierung stärken.

Die den Keil treiben wollen, das sind die Leute, die im Hotel Adlon zusammengelassen sind.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir geben uns fortwährend die größte Mühe festzustellen, wo die Regierung steht. Nichts würde uns größere Freude machen, als wenn sie jetzt offen sagte entweder: Wir stehen zu den Adloniten, oder: wir stehen zu denen, die die Friedensresolution des 19. Juli gemacht haben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Gefinnungsfreunde! Werbt unermüdet für die Volkswacht! Jeder neu gewonnene Leser der Volkswacht stärkt die Reihen der Kämpfer für einen gerechten und ehrenhaften Frieden. Das Lösungswort an jedem Arbeitsplatz und in jeder Werkstatt lautet: **Abbonniert die Volkswacht!** die unermüdetlich die Rechte des arbeitenden Volkes vertritt.

Die Krise in Rußland

Aus Rußland kommen widersprechende Nachrichten. Bald heißt es, die Herrschaft der Bolschewiki werde binnen kurzem zusammenbrechen, bald wird wieder versichert, daß die Truppen der Sowjets ihre Gegner sieghaft zurückdrängen. Es ist unendlich, aus dem Gewirr jenkaischer Meldungen den wahren Kern herauszuschälen. Gewiß ist nur, daß sich Rußland in einem Zustand der Krise befindet; daß sich die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte in schwerem Kampfe gegen mächtige Feinde verteidigen muß.

Es sind jetzt beinahe schon acht Monate vergangen, seitdem die Bolschewiki die Macht ergriffen haben. Seitdem hat Rußland eine beispiellose soziale Umwälzung und zugleich eine nicht minder ungeheure nationale Revolution erlebt. Man muß sich die Wirkungen dieses gewaltigen Umsturzes vergegenwärtigen, um die Ursachen und die Bedeutung der schweren Krise, die den russischen Volkskörper erschüttert, zu begreifen.

Die erste Tat der Bolschewiki war die Enteignung des Großgrundbesitzes. Sie ist im ganzen großrussischen Gebiet längst vollzogen. Aber der Versuch der Bolschewiki, auf den Trümmern des Großgrundbesitzes den Agrarsozialismus, das Gemeineigentum am Grund und Boden aufzurichten, ist nicht gelungen. Die Bolschewiki haben angeordnet, daß der Boden, der bisher dem Adel, den Kapitalisten und der Kirche gehört hatte, an die vom ganzen Landvolk gemählten Agrarkomitees übergehen solle, die ihn der einzelnen Familien nur zur Nutzung, nicht als Eigentum zuteilen, und zwar in gleichen Böden zu teilen sollten. Das war das alte Programm der Sozialisten-Revolutionäre; die Sozialdemokraten hatten es früher stets als undurchführbar, oft auch seine Durchführung als eine Gefahr für den technischen Fortschritt der Landwirtschaft bekämpft. Aber im Verlauf der Revolution haben die Bolschewiki, von der älteren Lehre der Sozialdemokratie abweichend, das Agrarprogramm der Sozialisten-Revolutionäre im wesentlichen übernommen und nach der Eroberung der Macht seine Durchführung dekretiert. Aber das Dekret blieb auf dem Papier.

In Wirklichkeit haben die Bauern die Enteignung des Großgrundbesitzes zumeist wild und regellos durchgeführt, ohne sich um das Dekret zu kümmern. Sie haben den Boden untereinander aufgeteilt; wie in Frankreich 1793 ist auch in Rußland 1917 an die Stelle des Großgrundbesitzes nicht das Volkseigentum am Boden getreten, sondern das Privateigentum der einzelnen Bauern. Dabei geschah die Aufteilung des Bodens oft sehr ungleich; so wurde das Weideland auf die einzelnen Bauernfamilien oft nicht nach der Kopfzahl, sondern nach dem Viehstand aufgeteilt, so daß die reicheren Bauern größere Anteile erhielten, und nicht selten verstanden es die Bauern, die Häuser von der Verteilung auszuschließen. Trotzdem die Feldgemeinschaft in Rußland eine überlieferte, den Bauern vertraute Einrichtung ist, war auch dort der Eigentumsinhalt, der Besitzgeheimnis des Bauern stärker als die sozialistischen Tendenzen in der Bauernschaft. Die alte Prognose der marxistischen Sozialdemokratie hat recht behalten gegen die Hoffnungen, die die Sozialisten-Revolutionäre auf die kommunistischen Ueberlieferungen der russischen Bauernschaft gesetzt haben. „Wir haben die Bourgeoisie in den Städten besetzt, aber in den Dörfern erhebt jetzt eine neue Bourgeoisie ihr Haupt.“ sagte Lenin in einer seiner letzten Reden.

In der Tat hat sich mit den Grundeigentumsverhältnissen auch die Denkweise der russischen Bauern geändert. Die Bauern waren revolutionär, solange es galt, den Boden der Grundherren zu erobern. Sie würden sich auch heute noch gegen eine monarchistische Reaktion wehren, die ihnen den ererbten Boden wieder entziehen wollte. Aber sie sehen doch schon in unverkennbarem Klammern gegen die industrielle Arbeiterklasse. Sie wünschen, daß die „Ordnung“ im Lande wiederhergestellt werde, damit ihr neuer Besitz gesichert sei. Und sie haben keine Lust, den hungernden Städtern ihr Getreide zu spenden, es gegen den entwerteten Papierrubel einzutauschen; die roten Garden, die bei den Bauern Lebensmittel requirieren, stoßen in den Dörfern nicht selten auf bewaffneten Widerstand. In dieser Stimmung liegt unzweifelhaft die größte Gefahr für die russische Proletarierrepublik. Rußland erfährt jetzt, was Frankreich nach 1793, ganz Mitteleuropa nach 1848 erfahren hat: sobald der Bauer keine Förderung durchgeföhrt, seinen Besitz gesichert hat, wird er konservativ und wird zur Stütze der Gewalten, die seine individuellen Verbündeten von seinen niedrigeren streben. Nachdem sich die französischen Bauern 1793 des Herrenlandes bemächtigt hatten, erhoben sie den General Bonaparte zur Macht, damit er die „Ordnung“ wiederherstelle, ihr junges Eigentum schütze; heute ist wahrscheinlich ein großer Teil der russischen Bauernschaft schon bereit, irgend einen Michail oder Nikolaj Mikolajewitsch, Alexejew oder Terentjew zur Macht zu erheben, um die Proletarier, deren Revolution den Bauern das Herrenland gegeben hat, niederzuwerfen.

Nicht minder groß und folgenschwer sind die sozialen Umwälzungen, die sich in der Industrie vollzogen haben. Die Regierung der Sowjets hat nichts Geringeres unternommen als die Enteignung der Kapitalisten. Einige Industriezweige wurden vollständig, viele andere Fabriken in die Verwaltung der lokalen Sowjets übernommen. Wo die privaten Unternehmer blieben, wurden Arbeiterkomitees gewählt, die die Verwaltung der Betriebe kontrollierten. Die Durchführung dieser Maßnahmen war und ist unendlich schwer. Es fehlte an Verwaltungsgewöhnungen, an Disziplin und Verantwortlichkeit, Ingenieure und Chemiker weigerten sich, die Dienste der Sowjets zu leisten. Die Arbeiter wußten nicht, was die Notwendigkeiten der neuen Organisation sind, und gefährdeten sie aus Unwissenheit und Trägheit; sie verweigerten nicht selten technisch notwendigen Anordnungen des Gehobenen und die Organisation ihrer Arbeit. Außerdem fehlte es infolge der Abwanderung vom Süden an Kohlen und Rohstoffen. Aber allmählich, Schritt für Schritt, werden diese Schwierigkeiten doch überwunden. Die Ingenieure und Chemiker helfen sich den Sowjets in der Verwaltung, die Arbeiter haben ein, daß Disziplin im Betriebe und Fleiß bei der Arbeit unentbehrlich sind, in einem Betriebe nach dem anderen wird die notwendige Ordnung wiederhergestellt. Aber dieser

Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise kann sich fast überall nur langsam nur schrittweise, nur unter großen Schwierigkeiten und schweren Kämpfen vollziehen. Es ist selbstverständlich, daß auch er der Beschäftigung der Sowjets viele Feinde erzeugt. Die enteigneten Kapitalisten und diejenigen, die ihre Enteignung in Zukunft fürchten; die Industriellen, die Bankleute, die Händler bis tief in das Kleinbürgertum hinab; die Direktoren und Betriebsbeamten, die sich an die neue proletarische Ordnung nicht gewöhnen können, sie alle erwarten mit Sehnsucht die Gegenrevolution, während andererseits manche unwissende Arbeiter, die die Notwendigkeit der neuen, proletarischen Arbeitsdisziplin nicht begreifen, zu den Anarchisten übergehen und so die Schwierigkeiten noch vergrößern.

Und zu allen diesen Gefahren, die in der sozialen Revolution begründet sind, gesellen sich nun noch die Wirkungen der nationalen Katastrophe, die Rußland betroffen hat. Finnland, die baltischen Provinzen, Litauen, Polen, die Ukraine, Bessarabien sind von den Truppen der Mittelmächte besetzt. Der Kaukasus ist abgefallen; dort bildet sich unter tätiger Mitwirkung der alten Führer der Menschewiki, der Tschcheidse, Terentseff, Schtschenski und Gegeckator, eine georgische Republik, neben ihr erheben ein tatarisches und ein armenisches Gemeinwesen. Im transkaukasischen Gebiet stehen die Türken. Die Donkosaken, um Privilegien zitternd, die die Gnade des Zaren ihnen verliehen, sind, mit den tschachischen Brigaden und der Ukraine verbündet, in offenem Aufruhr. Das alte große russische Reich ist zerstört, das nationale Selbstgefühl der Großrussen empfindlich verletzt, eine nationalistische Stimmung greift von der Intelligenz und der Bourgeoisie aus auch auf das Kleinbürgertum und die Bauernschaft über. Das wirkt gegen die Bolschewiki. Ihr Sturz würde, so meint man, die Angliederung der verlorenen „Freundvölker“ erleichtern. So würde sich zum Beispiel der Kaukasus, der sich von dem Ruß-

land der Bolschewiki getrennt hat, einer Förderativrepublik der Menschewiki und Sozialisten-Revolutionären beherrscht werden, natürlich anschließen; so würde eine Arbeiterregierung in Rußland auf die gegenwärtige Regierung der Ukraine stark Anziehungskraft üben. Kadetten, Sozialisten-Revolutionäre und auch ein Teil der Menschewiki wünschen die Erneuerung des Krieges gegen Deutschland im Bunde mit der Entente um die verlorenen Randgebiete wiederzugewinnen; die Monarchisten wieder glauben, daß Deutschland einem monarchischen Rußland gern Zugeständnisse machen würde, die es dem Rußland der Sowjets verweigert. Alle aber beschuldigen die Bolschewiki, daß sie Rußland entwaffnet, es dem fremden Eroberer preisgegeben, es zerstückelt hatten; das schwer verletzte nationale Selbstgefühl des russischen Volkes streitet gegen die Sowjets.

Und zu alledem kommt endlich noch die fürchterliche Gefahr einer Einnengung von außen her. Die Entente spielt mit dem Gedanken, japanische Truppen einmarschieren zu lassen, um ihre Parteigänger in die Macht zu setzen und den Krieg im Osten von neuem zu eröffnen, möglichst große deutsche Kräfte im Osten zu binden. Auf der anderen Seite aber stehen deutsche Truppen, denen Rußland keine ebenbürtige Armee entgegenzustellen vermag.

In allen diesen ungeheuren Gefahren haben die Bolschewiki nur eine sichere Stütze: das industrielle Proletariat. Bei den Neuwahlen des Arbeiterrates in Petersburg hat sich dies deutlich gezeigt: im größten Arbeiterviertel Petersburgs, in Wiborg, wurden neben 200 Bolschewiki nur ein Duzend Sozialisten-Revolutionäre und ein einziger Menschewiki gewählt. Die Mehrheit des russischen Proletariats ist trotz der Lebenslage den Bolschewiki treu geblieben. Ob aber die Kraft des russischen Proletariats zureichen wird, sich dieser Welt von Feinden zu erwehren, wird die nahe Zukunft lehren.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Sozialistische Friedensversuche

Dem Kopenhagener „Socialdemokraten“ teilt Stauning mit, daß die dänische Partei in ständiger Verbindung mit den Genossen in England, Frankreich und Belgien gestanden habe. Aus Briefen, die er erhalten habe, gehe hervor, daß man verschiedene Auffassungen residiert habe. Namentlich müsse mit Zustimmung konstatiert werden, daß die englischen Genossen eine internationale Konferenz als erstrebenswert anerkennen. Man wünsche dort, daß die Neutralen zu deren schleuniger Herbeiführung beitragen, und erkenne, wie er genau wisse, in weiten Kreisen, daß 1917 eine günstige Situation unausgenutzt geblieben sei. Stauning schreibt: Vor einigen Tagen erhielt ich ein Telegramm von Thomas aus Paris, dessen Inhalt zeigt, daß Möglichkeiten für einen verständlichen Meinungsaustausch vorhanden sind, und ich hege keinen Zweifel, daß ernste Sammlungsversuche im Anmarsch sind. Zum englischen Kongreß bemerkt Stauning, daß dort u. a. die Frage einer internationalen Konferenz zur Behandlung kommen werde. Trotskiss Verhandlungen mit den deutschen Parteigenossen stimmen überein mit den Wünschen der englischen Parteigenossen, daß er sich vor seiner Reise mit der deutschen sozialdemokratischen Auffassung bekannt machen solle. Hinsichtlich der Friedensaussichten meint Stauning, daß die Situation sich seit dem Vorjahr verschlechtert habe. Das Militär habe einen Vorsprung erhalten. Statt Verständigung sei neue Bitterkeit geföhrt. Trotzdem müsse man auf Erfolge hoffen und die Friedensarbeit nicht einstellen. Hunsman dankt Stauning in einem herzlichen Schreiben für die Hilfe, die Stauning den Belgiern durch Uebermittlung einiger Wünsche an die deutschen Parteigenossen geleistet habe. Stauning hebt die Bereitwilligkeit und das Entgegenkommen auf deutscher Seite, auf alle berechtigten Wünsche einzugehen, hervor.

Der erste Schritt

Das holländische Parteiorgan „Het Volk“ schreibt: Da von beiden Seiten im Lauf von nur wenigen Tagen Erklärungen erfolgt sind, daß Schritte, die zu einem Frieden führen könnten, nicht unbenutzt bleiben würden, aber beide Teile sich weigerten, den ersten Schritt zu tun, so drängt sich die Frage mehr und mehr auf, ob nicht eine der neutralen Regierungen jetzt mit gutem Erfolg ihre Vermittlung anbieten könnte. Jede neutrale Regierung hat sehr großes Interesse daran, daß der Frieden in Gang kommt und sowohl nach Berlin wie Londoner Stimmen zu urteilen, wird ein solches Angebot nicht als eine ungebührliche Einmischung oder unfreundliche Handlung aufgefaßt werden.

Deutschland

Wichtige Reichstagsarbeiten

In den nächsten beiden Wochen muß der Reichstag sein Sommerpensum aufarbeiten, doch steht noch nicht fest, was er wirklich fertigbringt, und was er für den nächsten Tagungsabschnitt liegenläßt.

Die Staatsberatung ist bis auf die dritte Beratung fertig, die am Mittwoch beginnt. Die Verabschiedung des Etats hat sich länger hinausgezögert, daß noch einmal ein neuer Rotatol bewilligt werden mußte, weil der erste die nötigen Gelder nur bis 1. Juli bewilligte.

Im engsten Zusammenhang mit dem Etat stehen die neuen Steuern. Die Zusammenfassung des neuen tiefen Steuerpakets

steht nunmehr fest; es sind höchstens noch ganz untergeordnete Änderungen zweifelhaft. Die Regierung forderbe bekanntlich 2 Milliarden Mark neue Steuern, abgesehen von einer neuen Ertragssteuer auf Erwerbsgesellschaften lauter Abgaben von Verbrauchs- und Verlehrs. Bei dem ungeheuren Geldbedarf des Reiches und der Bewilligungsbedürftigkeit der bürgerlichen Parteien war an eine Ablehnung weltlicher Regie-

rungsforderungen von vornherein nicht zu denken. Infolgedessen konzentrierte die sozialdemokratische Fraktion ihre Anstrengungen darauf, das Steuerprogramm der Regierung durch kräftige Abgaben der Wohlhabenden

zu ergänzen. So wurden der Regierung über ihre Forderung hinaus weitere 1200 Millionen Mark Steuern als Abgabe vom Kriegs-Mehreinkommen und Kriegsabgabe vom Vermögen bewilligt.

Die Vermögenssteuer beginnt mit einem Steuerfuß von eins vom Tausend bei Vermögen bis zu 200 000 Mark und steigt auf fünf vom Tausend bei Vermögen über 1,2 Millionen Mark.

Die Mehreinkommensteuer wird in der Weise berechnet, daß ein Friedenseinkommen von 10 000 Mark zugrunde gelegt und 3000 Mark Einkommenszuwachs freigelassen werden. Einkommen unter 13 000 Mark kommen deshalb für diese Steuer überhaupt nicht in Frage. Im übrigen wird der Unterschied zwischen Friedenseinkommen und Kriegseinkommen besteuert, und zwar wenn das Mehreinkommen 10 000 Mark beträgt mit 5 Prozent steigend bis zu 50 Prozent, wenn das Mehreinkommen 200 000 Mark übersteigt. Eine Kriegseinkommensteuer, die alle Jahresverdienste bis zu 13 000 Mark gänzlich freiläßt und die

besonderen Nutzen der Kriegskonjunktur

allein mit dieser Steuer, abgesehen von Kriegsgewinnsteuer und staatlichen und kommunalen Abgaben, bis zur Hälfte ihres Mehreinkommens heranzieht, kann sich immerhin sehen lassen. Die Durchföhung dieses Projekts, gegen das sich nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die deutschen Einzelstaaten aus partikularistischen Gründen heftig sträubten, ist ein schöner Erfolg der Sozialdemokratie.

Auch die 3 Milliarden neuer indirekter Steuern kann man nicht ohne weiteres sämtlich als Belastung der breiten Massen bezeichnen. Es sind Abgaben dabei wie die Luxusum-

20 Prozent Zuschlag zu Juwelen

und dergleichen — und die kräftig erhöhte Börsenumsatzsteuer, welche das Volk nicht unmittelbar berühren. Anders steht es natürlich mit der erhöhten Warenumsatzsteuer, der neuen Portovorteuerung und den umfangreichen Getränkesteuern. Die Sozialdemokratie wird für diese Steuern nicht stimmen. Aber ein ernsthafter Kampf wird darum auch nicht entbrennen. Denn das stand ja bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen von vornherein fest, daß die Deckung des neuen Reichssteuerbedarfs allein durch Besitzsteuern nicht durchzuführen war. Mit dem Brauntweinhandelsmonopol wird nun das erste der neuen Reichsmonopole beschlossen, dem sich später wohl noch weitere anschließen werden.

Außer Etat und Steuern harren vor allem noch zwei wertvolle Reformen ihrer Erledigung, die

Neueinteilung der Reichstagswahlkreise

und das Arbeitstammergesetz. Den Entwurf über die Wahlkreise hat der Reichstag wesentlich verbessert. Er führt bekanntlich für die großstädtlichen Wahlbezirke Verhältniswahl ein und vermehrt die Anzahl ihrer Abgeordneten. Der Reichstag hat nun durchgeföhrt, daß bei fortschreitendem Bevölkerungszuwachs automatisch in diesen Bezirken eine weitere Vermehrung der Mandatszahl eintritt, und auch das technische Wahlverfahren verbessert. Die Vorlage ist zur Verabschiedung bereit; ihr Zustandekommen ist gewiß, gleichviel, ob die Schlussberatung jetzt oder im Herbst erfolgt.

Festig umstritten ist hingegen das

Arbeitstammergesetz.

Die freien Gewerkschaften forderten bekanntlich grundsätzlich keine Arbeitstammer. Da dies nicht durchzuführen war, fanden sie sich mit Arbeitstammern, paritätisch zusammengesetzt aus Arbeiter- und Unternehmervertretern, unter der Bedingung ab, daß diese örtlich über das ganze Reich hin ein-

Angestellte und Sozialdemokratie

Von Ingenieur Richard Waldb.

In einer der letzten Nummern der schwerindustriellen „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ beschäftigte man sich mit dem Thema: „Die Zukunft der wirtschaftsfriedlichen Angestelltenbewegung“. Der Artikel ist in einem Unterton der Sorge gehalten und erörtert die Möglichkeit, daß die Angestellten nach dem Kriege in größerem Maße wie bisher in das Lager der Sozialdemokratie abzuweichen werden. Denn gerade der Krieg habe den „Ansturm des Radikalismus in der Angestelltenbewegung“ gebracht. Seit geraumer Zeit zeige die Sozialdemokratie ein besonders liebevolles Interesse für die Angestellten, und mit ihrem „Kattenfängerlied“ hoffe sie neue Stimmzettel und Beirittsgelder aus diesen Kreisen zu erwerben.

Aber die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat immerhin noch einige Hoffnung: Die „größere Anteiligkeit der Sozialdemokratie eine gewisse Gewähr bieten, die „Not des Krieges wird vorübergehen“, und dann wird eine Zeit „der Besinnung und Sammlung“ eintreten. Im weiteren Verlauf der Betrachtung kommt dann aber auch die „Rheinisch-Westfälische“ auf die wirklich ausschlaggebenden Gründe zu sprechen und findet als „Prüfstein“ für die Unmöglichkeit der Sozialdemokratie, in das Lager der Angestellten einzudringen, daß die „nationalen Fragen“ entscheidend sein werden. Natürlich nur im alldeutschen Sinne; die Politik der „ewigen Friedensangebote und das ewige unmännliche Verständigungsgewinnner“ der Sozialdemokratie wird schon dafür sorgen, daß die Zukunft der Angestelltenbewegung wirtschaftsfriedlich bleibt.

Wir finden, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ begnügt sich mit einem reichlich schwachen Trost. In Wirklichkeit bewirkt der Krieg auch bei der Angestelltenklasse eine geistige Wendung. Die Tatsache läßt sich heute schon feststellen, daß wir für die Zukunft gerade aus den Schichten der Angestellten mit einem steigenden Interesse am politischen Leben rechnen können. Was in den schweren Zeiten des Krieges draußen im Schützengraben die Angehörigen dieser Berufe gemeinsam mit den Arbeitern erlebt haben, wird seine Wirkungen für die Kämpfe nach dem Kriege hinterlassen.

Vor allen Dingen aber ist es der Gang der kapitalistischen Entwicklung selbst, der das politische Denken der Angestellten nach einer ganz bestimmten Richtung beeinflussen muß. Die Sozialdemokratie hat bereits vor dem Kriege auf diese Tatsache bei jeder Gelegenheit hingewiesen: die kapitalistische Entwicklung zum Großbetrieb in Handel, Gewerbe und Industrie bringt unaufhaltsam eine Proletarisierung des sogenannten „neuen Mittelstandes“ hervor. Die Vernichtung der Selbständigkeit dieser Existenzen schafft eine soziale und materielle Unfähigkeit in der Lebenshaltung dieser Schichten. Gewerkschaftliche Bindungen müßten hier einsehen, und nicht zuletzt ist die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation des Bundes der technisch-industriellen Angestellten mit seinen radikalierenden Tendenzen in der Arbeiterbewegung dafür ein bemerkenswertes Beispiel. Die Voraussetzungen einer solchen Entwicklung aber werden wieder beschleunigt durch den Krieg selbst. Die zunehmende Kapitalkonzentration, die Macht des Unternehmertums, das in der Kriegszeit weiter gerüstet hat und nachher mit reichen und starken Mitteln sich gegen jede Aufwärtsentwicklung ihrer Lohnarbeiterklassen wendet, wird auch noch mehr als bisher die Unterschiede zwischen Hand- und Kopfarbeit ausgleichen. Die Angestellten werden in ihrem Organisationsleben mit der gleichen Energie zu bekämpfen gesucht, wie man sich bei der Niederringung der gewerkschaftlichen Handarbeiter vergeblich bemüht hat.

Und nicht zuletzt werden auf diese Entwicklung die Fragen der Uebergangswirtschaft mit all ihren sorgenvollen Problemen von Einfluß sein. Schon jetzt sieht man in Angestelltenkreisen der Zukunft mit Bangen entgegen. Vielleicht darf man ohne

Uebertreibung sagen, daß die Zeiten für die Angestellten noch schlimmer werden als für die Handarbeiter.

Da ist zunächst eine Sorgenfrage im Berufsschicksal des Angestellten die Konkurrenz der Frauenarbeit. Die Kriegswirtschaft hat auch hier darin bestanden, daß die wehrfähigen Männer ausgewechselt wurden durch Frauen. Überall in die kaufmännischen Kontore und Bureaus der industriellen Werke sind die Frauen hineingezogen worden. Vielleicht hat sich hier mit am stärksten die Tatsache ergeben, daß für viele Funktionen, die vormals nur von Männern ausgefüllt worden sind, nun die Frauenarbeit sich als leistungsfähige Konkurrenz erwiesen hat; Frauenarbeit an der Schreibmaschine, in der kaufmännischen Buchhaltung, im Lager, in den verschiedenen Zweigen der industriellen Bureaus. Selbst für den Technikerberuf und für die industrielle Verwaltungsarbeit ist man während des Krieges übergegangen, durch weit getriebene Arbeitsteilung und Mechanisierung der Frauenarbeit ein weites Wirkungsfeld zu schaffen.

Wird es nun möglich sein, am Tage der Heimkehr die Frauenarbeit wieder auszuschalten? Es werden sich große Widerstände zeigen, und zwar nicht nur organisatorischer Art, sondern auch in sozialer Beziehung. Nicht freiwillig sind zum Beispiel die Kriegswitwen, Kriegerverwundeten und -kämpfer in die Bureaus eingedrungen, sondern gezwungen von der Notwendigkeit, für ihre Familienangehörigen, mit sorgen zu müssen.

Sofort es für den Unternehmer möglich ist, die Frau als leistungsfähige Konkurrentin dem Manne entgegenzustellen, liegt für ihn kein Grund vor, die willige und billige weibliche Arbeitskraft durch den männlichen Angestellten zu ersetzen. Die Konkurrenz der weiblichen Arbeitskraft muß also auch hier zu einem verhängnisvollen Druck auf die Höhe des Arbeitseinkommens, zu einem erschwerenden Wettkampf für den männlichen Angestellten führen.

Noch ein anderes Moment ist dabei zu berücksichtigen: daß neben der Konkurrenz der weiblichen Angestellten auch in den schon jetzt meist überfüllten Berufen neue, meist berufsferne Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt sich einsinden. Wir denken dabei an die Unterbringung der Kriegsverletzten. Bei der Wahl eines neuen Berufes für alle diejenigen Feldgrauen, die durch bestimmte Verletzungen nicht mehr in der Lage sind, ihrem bisherigen Beruf nachzugehen, wird von den Organen der Kriegsverletztenfürsorge gerade der Angestelltenberuf als die letzte Zuflucht empfohlen. Es ist bekannt, daß man von den Kriegsverletzten in großem Umfange zum Beispiel Schreibmaschinenschulen für Kriegsverletzte eingerichtet hat, und man muß sich vorstellen, wie gerade aus den Reihen dieser Kriegsverletzten die Reservearmee der Angestellten vermehrt und dadurch die allgemeine Lage der Angestellten herabgedrückt wird.

So sprechen alle Zeichen dafür, daß die wirtschaftliche Lage der Angestellten nach dem Kriege sich verschlechtern wird, und damit im Zusammenhang werden diese Schichten mehr als bisher auch in das politische Leben hineingezogen. Sie werden erkennen müssen, daß die Wirtschaftspragen ihres Berufes und ihrer sozialen Lage zusammenhängen mit der politischen Entwicklung. In dem Maße, wie sie wirtschaftlich proletarisieren werden, wird ihnen politisch nichts weiter übrig bleiben, als Halt und Schutz innerhalb derjenigen Partei zu suchen, die auch für ihre politische Interessenvertretung in Frage kommt.

Die mahnende und sorgende Stimme der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ hat zwar nicht so ganz unrecht. Freilich im entgegengesetzten Sinne, wie das von dem schwerindustriellen Blatt zum Ausdruck gebracht wird: Die Angestellten werden sich mehr als früher darauf zu besinnen haben, daß ihre wirtschaftliche Interessenvertretung zwar nicht in den wirtschaftsfriedlichen Organisationen, aber in den gewerkschaftlichen Verbänden zu suchen ist. Und politisch haben die Alldeutschen keine Veranlassung, besonders hoffnungsvoll zu sein. Denn der Ansturm der Radikalisierung wird auch die Angestellten in das Fahrwasser derjenigen politischen Parteien treiben, die für eine vernünftige Friedenspolitik eingetreten sind. Wahrscheinlich wird dann ein nicht unerheblicher Bruchteil dieser Schichten sich der Gefolgschaft der Sozialdemokratie anschließen.

Danziger Nachrichten

Sittliche Erneuerung der Jugend

Die Mittelalten der Langfuhrer Primaner erfahren in den Zeitungen und in der wissenschaftlichen Welt die verschiedensten Deutungen. Für den Sozialisten sind die Vergehen der jungen Leute ein weiterer Beweis vom sittlichen Verfall der bürgerlichen Gesellschaft. Die jugendlichen Mittelalter können gewiß Mitleid erwecken; denn sie sind Opfer einer mangelhaften Kinderstube und einer ungezügelter Erziehung in Schule und Kirche. Es ist leider nur zu oft der Fall, daß Eltern von einer abgöttischen Liebe erfüllt, den Kindern schon in der Wiege schrankenlose Freiheiten lassen. Unerzogenen Müttern sollten keine Kinder anvertraut sein. Die lebenserfahrenen Väter können sich bei der angestrengten Berufsarbeit der Kindererziehung selten widmen. Es fehlt anfangs schon ein Vertrauensverhältnis zwischen Kindern und Eltern. Ferner läßt auch das aufreibende und zerstreute Großstadtleben kein rechtliches Familienleben mehr aufkommen.

Es ist ja der Wunsch der meisten Eltern, daß die Söhne es später besser haben und sozial mehr sein sollen. Die Eltern darben und schinden sich daher, damit die Söhne möglichst die höheren Schulen besuchen und studieren können. Vielfach zeigt es sich, daß solche Söhne wissenschaftlich den einfachen Eltern überlegen sind. Diese Ueberlegenheit machen sie dann den Eltern gegenüber auch geltend und zeigen damit, daß auf den Schulen Herzens- und Gemütsbildung stark vernachlässigt werden. Die Vertreter des höheren Schulamts, Studienreferendare und Studienassessoren, wie sie jetzt heißen, ergreifen in vielen Fällen den Lehrerberuf um der Lebensstellung willen, nicht aus Liebe zur Jugend. Wen schon das Verhältnis zwischen Eltern und Söhnen kein inniges und vertrauensvolles zu nennen ist, so ist die Stellung zwischen Lehrern und Schülern noch fremder. In den höheren Klassen besteht mitunter sogar ein stiller Kriegszustand zwischen Lehrern und Schülern. Darunter leidet natürlich die Seele des jungen Mannes. Er sieht sich schon in der Zeit der körperlichen und seelischen Entwicklung einer rückwärtslosen, beinahe feindlichen Welt gegenüber. Dieser Zwiespalt in seinem Inneren wird noch durch den naturwissenschaftlichen und religiösen Unterricht vergrößert. Die Vorstellungen, die vorgeschrittene Schüler von Gott und Welt in den genannten Unterrichtsfächern bekommen, stehen leider oft im Widerspruch. Die Folgen sind, daß die jungen Menschen ohne tieferen sittlichen Ernst und Gehalt ins Leben treten und hier noch den letzten Rest von Glauben und Ueberzeugung verlieren.

Alle Menschenfreunde sind sich heute darin einig, daß zur Erneuerung unseres Volkes in erster Linie das gesamte Schulwesen einer gründlichen Umgestaltung zu unterziehen ist; denn wer die Jugend hat, besitzt die Zukunft eines Volkes. Bemerkenswerte Vorschläge zur sittlichen und wissenschaftlichen Erneuerung und Erleuchtung unserer Jugend sind von sozialdemokratischer Seite am 5. Juni 1918 im preussischen Abgeordnetenhaus gemacht worden. Sie zielen in folgender Richtung: „Der neue Mensch, den wir für die neuen Aufgaben nach dem Kriege brauchen, und den mitzuschaffen auch unsere Schule berufen ist, der uns als Ideal für die kommende Zeit voranschwebt, muß vereinen eiserne Pflichterfüllung, nüchternsten Tatsachensinn und höchstfliegenden Idealismus.“ So sollte es kein E.F.

Spruch

Deutschland, deine Helden kämpfen, streiten,
Bringen dir den Ruhm für Ewigkeiten,
Und das Vaterland ist wohl beschützt.
Aber, deutsches Volk, darfst nimmer ruhen,
Suche alles, was daheim in Trüben
Lagert, Edelstein und Goldeswert,
Daß es draußen deinen Helden nützt,
Solcher Opfersinn allein dich ehrt.

Friedvolle Lage

Im Lärm des Aufgehens, in entnervender Unrast von Arbeitstagen, die als einzelne Glieder zusammengeschweift, eine endlose Kette geben, empfinde ich oft tiefe Sehnsucht nach Schönheit und Stille, fern dem sieberhaft pulsierenden Leben der Großstadt, deren Geschöpfe jetzt seit Jahren fast ausschließlich für den noch immer nicht gestopften Rachen des Molochs Krieg frohnen. Kurze Ferientage sollten meiner Sehnsucht Erfüllung bringen. Doch Schönheit und Stille, die ich suchte, wo fand ich sie? Hatten sie überhaupt noch eine Stätte auf Erden? Blutiger Wahnsinn und giftgetränkter Haß ziehen ihre Furchen über die Lande. Alle bösen Keime schießen aus dunklen Tiefen empor, wie Dornen auf verwahrlosten Feldern. Verschont des Krieges mühsamer Lärm selbst das entlegenste Dorf?

Ein alter Wanderfreund, den ich um Rat anging, ließ mir als Antwort eine Einladung nach seinem Wohnsitz, einem kleinen Städtchen in der Nähe von Königs, zugehen. Ob ich der Einladung folgte? Nun, es bedurfte keiner langen Ueberlegung. Der erste Urlaubstag fand mich mit gepacktem Rucksack auf der Bahn. Aber erst nach halbtägiger Fahrt konnte ich meinem Freunde die Hand schütteln. — Vergleiche zwischen der heute verlassenem Großstadt und dem soeben betretenen, Wohlstand an einem zum Teil verschiffenen See gelegenen kleinen Ort drängten sich mir auf. Keine Bahnhofsperre hemmte des Ankommens beflügelter Schritte. Die wartenden Einheimischen zeigten überwiegend wohlgerundete Leibesformen, wie sie geruhende Lebensweise und gute Ernährung gedeihen lassen. Erregte Szenen, wie ich sie noch bei meiner Abfahrt vom Danziger Bahnhof erleben mußte, weiß ich in vieler Beziehung zu beneidende Kleinstädter zu vermeiden.

Keine elektrische Bahn klingelt durch die schon in der neunten Abendstunde auffällig ruhig daliegenden, gewundenen und verschärften Strahenzüge. Die kleinen, fast durchweg im Mauermeisterstil nach einer Schablone erbauten Häuschen zeigen trotz ihrer jeder architektonischen Schönheit entbehrenden

Bauart anheimelnd und nett aus, da sie fast alle in ein Gärtdchen gebettet sind. Jeder Winkel ist mit Hollunder-, Jasmin- oder Kaprioliolenbüscheln geschmückt. Blütenduft treibt mich in süßen Wellen entgegen. Die Einwohner scheinen eine große Familie zu bilden, denn ununterbrochen werden Grüße getauscht. Ich als Fremdling werde unschwer als solcher erkannt und prüfend gemustert. Imposant ragt die evangelische Kirche, auf höchstem Punkte gelegen, beherrschend über den Ort. Ihr mächtiger, zinnengekrönter Turm, 45 Meter hoch, gehörte zu der Ende des 13. Jahrhunderts erbauten, längst zerstörten Ordensburg, an deren Stelle 1826/28 das Kirchenschiff dem Turm angefügt worden ist. Teile der alten mauer und mehr zerfallenden Burgmauer umfrieseln in einem äußeren und einem inneren Ringe die Kirche. Ich nehme mir vor, diesen Zeugen einer längst im Strom der Ewigkeit verwehten Zeit noch einen besonderen Besuch abzustatten. Durch oft zum Verwechseln ähnliche Straßen, über den holprigen, von Geschäftshäusern umstandenen Marktplatz mit wackriger Holzpumpe, vorbei an einem Kriegerdenkmal in typischer „Schönheit“ und einem roten Postgebäude, an dem jeden Abend der Heeresbericht auszugswise zur öffentlichen Kenntnis gebracht, aber nur von wenigen gelesen wird, wie ich erfuhr, ging es zur Wohnung meines Freundes.

Ein kleines Häuschen, vollständig von Hollunder und Jasmin umwuchert, nahm uns auf. Zwei Tage war ich Gast meines Freundes und hatte Gelegenheit, die Vorzüge der Kleinstadt kennen und schätzen zu lernen.

Hinichtlich der Verpflegung kennt man hier noch keine Not. Man ist gut und verhältnismäßig billig. So zahlte ich hier für Mittag- und Abendessen 2,25 Mark und war erstaunt ob der Reichhaltigkeit und Güte des für diesen Preis Gebotenen. Auch der Aermste hat hier sein Stüchgen Gartenland.

In früherer Stunde des Vortages meiner Abfahrt lenkte ich die Schritte zur friedlichen Kirche mit ihrem aus kriegerischer Vergangenheit in die kriegerische Gegenwart hineinragenden Burg-Turm. Schattige Wege, still und verträumt, führten mich vorbei an bröckigen Resten der äußeren Mauer, empox.

Vogelzug und Windesrauschen in den Bäumen drang zu meinem entzückt lauschenden Gehör. Ich ließ mich von der Ruhe atmenden Stimmung meiner Umgebung einspinnen. Personen langte ich an der Kirche und Turm von drei Seiten begrenzenden, Innenmauer der ehemaligen Burg an. Ursprüngliche Scharten und Nischen der Mauer sind durch die Witterungseinschlüsse von Jahrhunderten und wohl auch durch den Krieg und Brand zu klaffenden Öffnungen erweitert. Ich kletterte hindurch und fand mich in dem alten, etwa 150 Quadratmeter großen Burghof. Die Zeitzeit hat keine Verwendung für ihn, denn vollständig grünverwachsen und unbenutzt liegt er da, ein Eiland, entrückt dem wirbelnden Strom, der unsere Tage durchfließt.

Die Zeit scheint hier still zu stehen. Nur abgerissene, halb verwehte Lamie aus den tiefer gelegenen Straßen des Ortes sind vernehmbar. In den Ecken und Mauerlücken haben Hollunder und wilde Rosen Wurzel gefaßt. Süßer Duft umschmeichelt die Sinne. Aus dem dichten Grase ragen Löwenzahn, roter Alee, Maßliebchen, Scharbockkraut und andere Wildlinge ihre Blütenköpfe ins Sommergold. Ich legte mich in der Nähe eines unter seiner Blütenlast sich neigenden Hollunderstrauches nieder und ließ den Blick die festgefügte, wie für die Ewigkeit erbauten Steinwände des von Mauerlöcher und Krähen umflatterten Turmes zu den hoch am Himmel schwebenden weißen Wölfechen gleiten. Summende Insekten, zirpende Grillen und behäbige Käfer, keine nervösen Großstadtschöpfe, trieben ihr einfältig fluges Wesen um mich, ohne mir lästig zu fallen. Ihr Summen und Brummen gehört ja ebenfalls wie der Vogel Laut zur feierlichen Symphonie der Stille, der ich, herausgerissen aus dem brodelnden Kessel der Zeit, andächtig lauschte. Als Glockenschlag die Mittagstunde verkündete, rieb ich mir erstaunt die Augen. Erwachte ich aus Märchenschlaf? Bevor ich ausbrach, noch ein rascher Rundblick zu meinen Füßen breitete sich der Ort, auf der leicht gekrümmten Wasserfläche des Sees spielten Sonnenfunken wie zerstreute dunkelgrünen Kulisen gleich baute sich der Wald zu den Seiten auf.

Unterhalten

Auf den neuen Spielplan unser s. beliebter Sommer-Ballets sei noch besonders hingewiesen. Der Plan ist äußerst reichhaltig und gehört zu den besten, die dort gezeigt worden sind. Die einzelnen Darbietungen können wir diesmal leider nicht besprechen. Der Besuch kann nur empfohlen werden.

Juppoter Stadttheater

„Die Journalisten“, Lustspiel von G. Freitag.

Das Juppoter Stadttheater hat seine ersten großen Tage in dieser Spielzeit gaskiert doch in dieser Woche der Hofschauler Carl Clewing. Am Montag spielt er den Bolz in Freitag's „Journalisten“. Dieses Lustspiel übt noch immer seinen Reiz aus. Es gehört zu den wenigen Stücken seiner Art, die Jahrzehnte überdauern. Für den beschränkten Raum der Juppoter Bühne bietet dieses Lustspiel manche Schwierigkeit. Die Spielleitung hatte sie überwunden, so daß eine annehmbare Aufführung herauskam. Insbesondere wirkte das Spiel des berühmten Gastes auf die anderen Mitwirkenden belebend. Sein Bolz war von frühlichem Temperament mit einem Anflug leiser überlegener Ironie. Erwähnt sei noch der Schmod des Herrn Huberman. Außerordentlich eine etwas lächerliche Gestalt, die jedoch von tiefer Tragik erfüllt war. Eine köstliche Bürgerrolle hat Direktor Normann als Wahnmann und Weinhändler Piepenbrink.

Die letzte Stadtverordneten-Versammlung

befähigte sich auch mit der Aenderung der Geschäftsordnung. Bisher war zur Beschlussfähigkeit die Anwesenheit von mindestens die Hälfte der 87 Stadtverordneten nötig. Ein Antrag des Magistrats wollte die Beschlussfähigkeit schon bei Anwesenheit von einem Drittel der Stadtverordneten eintreten lassen. Bei Erörterung dieses Antrages gab es eine große, für uns sehr interessante Debatte. Stadtv. Brunzen hatte große Bedenken. Er warnte vor Annahme des Magistratsantrages auch aus dem Grunde, weil im Herbst neue Stadtverordnetenwahlen stattfinden. Offenbar wirkte Herr Brunzen schon einen frischen Aufzug, um dem er anzunehmen scheint, daß er ihn nicht seinen Freunden vom Bürgerverein aus der Stadtverordneten-Versammlung hinausblafen könnte. Deshalb wollte er noch schnell einige „Sicherungen“ schaffen.

Einen wahren Bürendienst aber leistete Herr Brunzen den Stadtverordneten des Bürgervereins durch die sehr zutreffende Bemerkung, daß bei Herabsetzung der Beschlussfähigkeit die Stadtverordneten ihre Ämter noch länger ausüben würden wie bisher. Das war dem Oberbürgermeister Scholz denn doch zu dumm. Er nahm die angegriffenen Stadtverordneten mit bereiten Worten in Schutz. Aber diese Rettungsaktion kam zu spät. Die wertvolle Feststellung des in diesen Dingen erfahrenen Stadtverordneten Brunzen war erfolglos. Sie läßt sich nicht mehr ausrodieren. Sie ist wert, für später festgehalten zu werden. Der Magistratsantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Eine schildbürgerliche Ernährungsoffensive

Die Stadtverordnetenwahlen stehen vor der Tür. Da bestimmen sich die Stadtverordneten darauf, daß sie gewählt sind, um im Rathhause die Interessen ihrer Wähler zu vertreten, während diese Herren in der ganzen übrigen Zeit ihrer Tätigkeit diese Sorge nicht kennen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Eingabe zu verstehen, die der Danziger Bürgerverein über Ernährungsfragen an den Magistrat gerichtet hat. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde dieselbe vom Stadtverordneten Habel begründet. Zunächst beklagte er sich darüber, daß viele Danziger Einwohner saure Milch erhalten. Auch auf dem Fischmarkt herrschten Mißstände. So wären dort einmal Fische in so reichem Maße vorhanden gewesen, daß man sie verderben ließ, weil man sie nicht ohne Karten abgeben wollte. Der Schlachthof wäre einmal so zahlreich mit Vieh beladert worden, daß ein Teil desselben mehrere Tage in den Stallungen ohne Dachraum stehen mußte. Die Folge war, daß ein großer Teil des Viehs einging. Redner fragte, ob die Bevölkerung auch mit dem Fleisch der freipierten Tiere beliefert werden wäre. Schuldige mußten hier rücksichtslos bestraft werden. Beim Ein- und Verkauf von Holz habe der Magistrat nicht richtig verfahren. Hiesige staatliche

Verstehe hätten Holz billig verkauft. Der aber der Stadt im Versteigerungsloos war zum größten Teil unerschlossen. Wünschenswert wäre es, wenn das Käufgernährungsamt einmal eine Abrechnung geben würde. Die Bürgerchaft hätte ein Recht, dies zu verlangen.

Von magistralischer Seite wurde dem bürgervereintlichen Hoffstreifen eine scharfe Antwort zuteil.

Oberbürgermeister Scholz betonte, daß Habel die schwersten Angriffe gegen den Magistrat erhoben hätte. Als Chef der Verwaltung müsse er dieselben energisch zurückweisen. Die ungeheuren Anschuldigungen entbehrten jeder Grundlage. Stadtv. Habel hätte die Pflicht gehabt, sich erst bei den zuständigen Stellen zu informieren, ehe er die unbegründeten Anklagen in der Öffentlichkeit vortrug. Die Stadträte Grünspan, Koltow und Schwarz widerlegten dann in längeren Ausführungen die Einzelheiten der bürgervereintlichen „Kritik“. So wurde betont, daß die Stadt einen Teil der Milch und weisser beziehe und daß dieselbe der langen Bahnfahrt wegen in saurem Zustande in Danzig anlange. Der Magistrat hätte nun es für richtiger erachtet, der Bürgerschaft dann wenigstens die saure Milch zu liefern. Holz wäre vom Magistrat billiger verkauft worden, als von den hiesigen Holzhändlern. Während der Magistrat für den Kubikmeter Holz 36 Mark forderte, hätten die Holzhändler noch lange Zeit danach 42 Mark verlangt. Die Beschaffenheit des Lorfs habe sich in diesem Jahre bedeutend verbessert, auch sei die städtische Lorfanlage so vergrößert worden, daß in diesem Jahre eine reichliche Belieferung mit Lorf möglich sei. Auf dem Schlachthof wäre allerdings eine Anzahl Jungvieh eingegangen, es handle sich hier aber um Kälber, die 3 bis 4 Tage alt waren und die nur mit Milch hätten erhalten werden können. Der weitere Verkauf der Debatte zeigte eine arge Verfahrenheit in den Reihen der bürgervereintlichen Stadtverordneten. Stadtv. v. Breznitz, der auch Mitglied des Bürgervereins ist, wies die Anschuldigungen Habels als unbegründet zurück. Die von Habel vorgebrachten Mißstände auf dem Fischmarkt erklärten sich dadurch, daß einmal eine Anzahl Fische im verdorbenen Zustande auf dem Fischmarkt anlangten. Diese wurden selbstverständlich nicht verkauft. Stadtv. Brunzen gab seinem Vereinsvorsitzenden die gute Lehre, sich erst an zuständiger Stelle Aufklärung zu verschaffen. Von der Eingabe seines Vereins rückte er ab. Er könne dieselbe nicht billigen. Lebhafteste Heftigkeit in der Versammlung erregte es, als Stadtv. Habel stolz erklärte, er spreche hier als Vorsitzender des Bürgervereins. Ein unbefangener Zuhörer hätte manchmal bei diesen bürgervereintlichen Ausführungen glauben können, im Stadtparlament der Schildbürger zu sein. Schließlich endete die große Ernährungsdebatte wie das Hornberger Schießen. Habel zog seinen eigenen Antrag zurück. Er habe nur bezweckt durch die Erörterung im Stadtparlament die Bevölkerung über die Haltlosigkeit der Gerüchte aufzuklären. (1)

Wir haben selbstverständlich keine Veranlassung, den Magistrat zu verteidigen. Kritik soll und muß geübt werden. Dieselbe muß dann jedoch eine andere Grundlage haben, als wie sie der Vorstoß des Bürgervereins hatte. Die Kritik dieser Stadtverordneten erinnert zu sehr an die Kampfesmethoden des seligen Don Quixote. Wenn der Bürgerverein die Absicht hatte, sich mit der Erörterung der Danziger Ernährungsverhältnisse durch seinen Vorsitzenden bei den Wählern zu empfehlen, so ist erfreulicherweise das Gegenteil erreicht worden: Die Debatte bot ein Bild lächerlicher Unwissenheit und ärgster Verfahrenheit in den Reihen des Vereins. Klar aber trat wieder einmal zutage, daß in unserm Stadtparlament Stadtverordnete nötig sind, die von festen proletarischen Grundlagen aus die Interessen der werktätigen Bevölkerung dort wirksam vertreten.

Die erhöhten Straßenbahnfahrpreise

Es vergeht fast keine Woche in der nicht die hiesige Straßenbahn sich in unangenehmer Weise im öffentlichen Leben Danzigs bemerkbar macht. Entweder häufen sich in Folge mangelnder Schutzvorrichtungen die Unfälle in erschreckender Weise, oder die Direktion verwehrt den tag entlohnten Angestellten das Reaktionsrecht, oder die Gesellschaft verteilt an ihre Aktionäre eine ansehnliche Dividende, oder sie schraubt dem Danziger fahrenden Publikum die Fahrpreise höher. Das soll

am 1. April tritt die neue Verkehrsordnung in Kraft und die hiesige Straßenbahn hat sich beeilt, die durch entstehenden Mehrkosten auf das Publikum abzuwälzen. Zwischen dem Magistrat und der Direktion haben lange Verhandlungen stattgefunden, die nicht zu einer Einigung führten. Ein Schiedsgericht hat jetzt einen Vergleichspruch gefällt, der wesentliche folgende Punkte enthält: Erstens wird der Fahrpreis auf allen 10-Pfennig-Linien auf 15 Pfennig erhöht. Zweitens werden Rückfahrcheine ausgeben zum Preise von 25 Pf. Diese Rückfahrcheine haben zwei Tage Gültigkeit. Wenn ein Sonntag dazwischen fällt, drei Tage. Drittens werden Fahrcheine mit 8 Scheinen zu 1 Mark herausgegeben. Die Direktion der Straßenbahn hat sich bei den Verhandlungen sehr wenig entgegenkommend gezeigt. Sie erklärte, daß Folge eine geringere Benutzung der Straßenbahn stattfinden würde, die sie auf mindestens 6 Prozent angab. Dabei kann man heute mit Bestimmtheit sagen, daß diese Abwanderung nicht eintreten wird, weil die Benutzung der Straßenbahn den größten Teil des Publikums unentbehrlich geworden ist. Die Direktion hat es auch abgelehnt, den Rückfahrcheinen Unsteigereberechtigung zu geben. Schließlich wurde der Vergleichsvorschlag von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig angenommen, trotzdem sich mehrere Redner mit dem Inhalt desselben nicht einverstanden erklärten. Leider wurde von keiner Seite auf die mangelnden Schutzvorrichtungen hingewiesen. Es wäre jetzt die beste Gelegenheit gewesen, wenigstens diese im Interesse der Sicherheit des fahrenden Publikums notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Teuerung, nichts als Teuerung

Vor einiger Zeit machten wir die Aufsehen erregende Mitteilung von der beabsichtigten ungeheuren Preiserhöhung für Milch und Butter. Die Preisprüfungsstelle für den Regierungsbezirk Danzig lehnte damals die Erhöhung ab, aber wir befürchten, daß sie trotzdem beschlossen werden wird. Sollte dieser Fall wirklich eintreten, so würde die Verteuerung dieser für die Volksernährung, besonders auch für Säuglinge, unentbehrlichen Nahrungsmittel für eine vierköpfige Familie, wenn sie Anspruch auf wöchentlich 1/2 Pfund Butter und 6 Liter Vollmilch hätte, eine jährliche Mehrausgabe von etwa 190 Mk. betragen. Gegen diese unerhörte Mehrbelastung, für die keine durchschlagenden Gründe angeführt werden können, müssen wir auf das entschiedenste protestieren.

Die Verteuerung des Brotgetreides der nächsten Ernte wird natürlich eine Brotpreiserhöhung zur Folge haben.

Das Frühgemüse steht so hoch im Preise, daß es nur von kapitalkräftigen Leuten gekauft werden kann.

Eine Erhöhung der Rindfleischpreise und der Preise für Wurst steht nahe bevor. Der zuständige Ausschuss der Danziger Preisprüfungsstelle hat sich bereits damit beschäftigt und einen Unterausschuss zur Prüfung der für die Verteuerung angeführten Gründe eingesetzt.

Dadurch, daß in Danzig eine Verkürzung der Brotration vermieden worden ist und deshalb zur Streckung mit teurem Gerstemehl gegriffen werden muß, wird auch eine Erhöhung des Brotpreises um 3 Pf. für ein Zweipfundbrot eintreten.

Hinzu kommt die Verminderung der Kartoffelration, die von der breiten Masse der Bevölkerung sehr schwer empfunden wird.

Der wohlhabende Bürger entzieht sich der Uebergangszeit zwischen zwei Ernährungsperioden auf dieselbe bequeme Art, wie sich der reiche Pariser dem Bombardement seiner Vaterstadt entzieht. Die Hauptnot muß hier wir dort die ärmere Bevölkerung tragen, die an ihre Arbeitsstätte gebunden ist und der das Geld zum Reisen fehlt. Für sie beginnt eine Zeit schlimmer Sorgen. Man wird uns vielleicht damit trösten, daß es im vorigen Jahre um diese Zeit noch schlimmer war. Das sei zugegeben, aber demgegenüber steht der ärgerliche Umstand, daß sich nun Jahr für Jahr mit peinlicher Wiederkehr jene Periode wiederholt, in der das Bedürfnis des menschlichen Körpers nach einer bestimmten Anzahl von Kalorien, die ihm in Form von Nahrungsmitteln zugeführt werden müssen, innerhalb der amtlichen Verordnungen keinen Platz findet. Das beweist doch, daß unsere Verteilungsorganisation irgendwelche erheblichen Mängel aufweist, wenn sie die Verteilung immer nur über zehn oder elf anstatt über zwölf Monate sicherstellen kann.

Nachmittags unternahm ich mit meinem Freunde eine Wanderung durch schneeigen Wald, in dem Soldaten mit der Bewachung von Laubheit beschäftigt waren.

Am nächsten Morgen verließ ich das Städtchen. Ich fuhr bis Borsdorf mit der Absicht, von hier aus in entlegene Gebiete der Kaffubei einzudringen. Gegen Mittag legte mich die Bahn in geräumigen Orte ab. Die „Lebenspendende“ strahlte ihr Licht verkünderlich zur Erde und schuf einen warmen Tag. Ohne Aufbruch nahm ich meinen Weg in Richtung St., das ich als Basis für verschiedene Wanderungen ansehe. Unter die Füße. Nach drei Stunden rüstigen Schreitens war ich am Ziele. Die nächsten Tage blieb ich leghast, streifte nur die Umgegend des mir schon früher bekannten Dorfes ab, das an zwei großen Fichtensäulen Seen gelegen ist, auf deren einem mein Wirt das Fischrecht ausübt. Als Einwohner von Danzig nur noch an Stinke, Breislänge und kleine Weißfische gewöhnt, erhielt ich hier auch wieder einmal Aal und Hecht vorgelegt, die, lange entbehrt, besonders munden.

Schöne Kiefern- und Nadelwald ließ sich leicht in halbfündiger Wanderung erreichen, und manche Stunde habe ich dort unter Fichten und Kiefern mit silbergrauen Moosbäumen verbracht, aus deren Geäst bei Windstößen ganze Schwärme von Kiefernspinnern flatternd hervorkam.

Während die Sonne hell überhohlet zwischen den Stämmen hindurch auf den von Moos und Heidekraut bedeckten Boden, so gaukelten Wälder mit durchsichtigen Flüssen, himmelblau und saffranbraun, in der Luft, und Wälder, zu gewaltigen Schwärmen vereinigt, tanzen in jugendlichem Reigen.

Häufig traf ich vereinzelte Kinder und Schafe, sowie größere Herden Gänse auf tiefer gelegene Wäldchen getrieben, da die inoffizielle lang anhaltende Dürre nur mit harten, kurzen Grasen und trockenen Heidekraut bedeckten hügeligen Sandbänken keine nennenswerte Weide zu bieten vermögen. Auch die Getreide- und Kartoffelernte dürfte in dieser Gegend noch weniger erfolgreich wie sonst ausfallen, wenn der notwendige Regen länger auf sich warten läßt. Die Erde ist hart

Einer der folgenden Tage fand mich dann auf der Wanderung nach Sullenschin. Mein Weg führte mich über die Dörfer Nieslowitz und Dittrowitz durch typisch kassubisches Land. Der Einsamkeit schwermütige Wellen durchstränkten die Seele des Wanderers, der ohne Gefährten hier seines Weges zieht, besonders an Tagen, wenn der Himmel mit Wolken verhangen ist und der Sturm sein wildes Lied pfeift. Arm und dürrig wie das Land, sind die meisten seiner Bewohner. Vieles Arbeit bedarf es, um das sandige, mit Steinen überfüllte Hügeland zu bestellen. Karge Ernten belohnen die Mühe.

Wenn das Auge des Wanderers intime Reize zu erfassen versteht, entdeckt man ein entzückendes Landschaftsbild nach dem anderen. Soweit der Blick reicht, reicht sich Hügel an Hügel zu einem welligen Ganzen. Kiefern- und Fichtengruppen, leiserer ganze Wälder, beleben das Bild. Seen von mannichmal bedeutender Ausdehnung füllen sandige Lallefellen in vielgestaltigen Ausbuchtungen. Grotesken Gnommen gleich hocken Wacholderbüsche an Hängen, auf Felsbänken und Bögen. Allenfalls sind die von Aedern und Feldern mühsam gesammelten Steine zu Denkmälern der Unfruchtbarkeit getürrt.

Kreuze und Bildstöcke, meistens von Baumgruppen umpflanzt, stehen an fast allen Dorfeingängen und Wegabteilungen, malerische Motive bietend. Eigenartig wirkt die bei dem Dorf Dittrowitz geschaffene, zur Andacht mahnende Bildgruppe. Hinter der letzten Häuser dieses Dorfes steigt eine hügelige Kuppe scharf an und gibt einen weiten Blick über den langgestreckten Dittrowitzer-See frei. Eine hier stehende breitkronige Linde birgt in ihrem teilweise ausgehöhlten Stamme die von rührender Natur, aber wenig kunstförmig zugehenden Heiligenfiguren; ein Kreuz, einen arm beschabigen Muttergottes-Kopf aus Gips, verschiedene gute Beschreibungen und ein Holzschiffchen mit einer Jahreszahl. Obwohl ich jeden nach einer Heiligen heilig werden lasse, konnte ich mich doch nicht enthalten, innerlich gegen diesen offenbar den Götzendienst zu protestieren.

Einige Regenwolken gingen harmlospeitlich hernieder.

Deffnungsgerecht stiegen über allen Feldern jubelnd die Lerchen zur Höh. In der Nähe vereinzelte angutreffender ärmlischer Gehöfte, deren Behmschwanzbauten und Holzschneunen häufig halb zerfallen sind, begegneten mir in Sochen gehende, Wagen oder Ackergerät ziehende Kühe, von einem kriegsgefangenen Ruffen oder einem Jungen gelenkt. Während mir die Ruffen und Kinder öfter einen „guten Tag“ zuriefen, empfing ich von den erwachsenen Eingeborenen fast ausschließlich polnisch-kassubische Grüße.

In Lorfmooren, an denen mein Weg mich vorbeiführte, so auch in der Nähe von Sullenschin fand ich Ruffen und Frauen mit bunten Kopftüchern emsig beschäftigt, die schwarzen Lorfziegel auszufütchen, und zum Trocknen in gleichmäßige Pyramiden aufzulegen.

In bereits ausgebeuteten Teilen der Lorfbrücke hat sich eine üppige Sumpflvegetation entwickelt. Auf dem moorigen Gewässer der Gruben schwammen, neben unscheinbaren Vertretern der Sumpflora, die Blüten der Seerosen und Nummeln, während an den Rändern, um einige zu nennen, Schachtelhalm, Wasserschierling, Pechwelle und langstieliges Wellgras mit wehenden silberzarten Fährchen reichen Nährboden gefunden haben. — So in genießendem Schauen erreichte ich nach 3 1/2 stündiger Wanderung das an der Stolpe, in der Nähe von ausgebeuteten Forsten und mehreren Seen gelegene Kirchdorf Sullenschin. In einem Gasthause des Ortes ließ ich mir eine kleine Erfrischung reichen, hörte von dem Wirt kaum erwartete Klagen über die auch hier unzureichende und unregelmäßige Lebensmittelversorgung und trat eine halbe Stunde später über Benstorf und Kräbwinkele den Rückweg an. Nach dreistündiger rüstiger Wanderung langte ich wieder in meinem Ausgangsort an.

Nun bleibt noch ein Besuch des weltabgeschiedenen am Radaunensee gelegenen Dorfes Seedorf zu erwähnen. Einen Sonntag hatte ich hierzu ausersehen. Auf allen Wegen kamen mir festlich schwarz gekleidete Dörfler entgegen. Das Gesangbuch unter dem Arm, strebten sie, Männlein und Weiblein, dem nächstgelegenen Kirchdorf zu. Ueber die von Mohr und

Wenig sind einige Reserven vorhanden, die jetzt für den Ausfall erhalten müssen. Sonst ließ es sich ja schließlich nicht begreifen, wovon die Menschen in der Großstadt während der vier bis sechs wöchigen Überlebenszeit überleben, da die Kunst des Buddha Gautama, mit einem Reichtum täglich auszukommen, bei uns wenig verbreitet ist. Aber die für den Kartoffelausfall verheißenen Nahrungsmittel sind doch nur ein unzureichender Ersatz zumal für den Kriegsmagen, der sich an die Aufnahme großer Quantitäten verhältnismäßig nährstoffreicher Nahrung gewöhnt hat, und der bisher mit den konzentrierten Nahrungsmitteln das Gefühl der Sättigung nicht erreicht, das ihm die Kartoffel gegeben hat.

Auch das Frühgemüse soll helfen und könnte helfen, wenn der hohe Preis nicht gar zu oft im Wege stünde. Für eine Familie, die täglich fünf bis zehn Mark für eine Mittagsmahlzeit ausgeben kann, läßt sich ein halbwegs sättigendes vegetarisches Mahl bereiten, aber zu solchen Aufwendungen ist ein großer Teil der Kriegerfrauen, Pensionäre, schlechter bezahlten Arbeiter sowie kleineren Beamten schließlich nicht in der Lage. Teuerung und Einschränkungen zeigen sich wieder überall. Wir meinen, daß hier endlich Ordnung geschafft werden muß.

Zwieback ohne Zucker
Zwieback wird bekanntlich für solche Personen hergestellt, die entweder krank sind oder Brot in seinem jetzigen Zustande nicht vertragen können. Um diesem Gebäck einen größeren Nährwert zu geben, soll ihm Zucker beigemischt werden. Der Magistrat gibt an Bäcker, die Zwieback herstellen, entsprechende Mengen Zucker. Nun hat sich aber herausgestellt, daß dieser für ganz andere Zwecke, nur nicht zur Herstellung von Zwieback verwendet wird. Von sieben bei verschiedenen Bäckern entnommenen Proben enthielten sechs keinen oder nur sehr wenig Zucker. Die Kontrolle soll nun fortgesetzt werden.

Gegen die Bäcker, die diesen schneulichen und gemeinen Volksbetrug weiter üben, muß energisch vorgegangen werden.

Mg. Abgabe von Lebensmitteln. Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt; die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel-, Butter- und Kartoffelkarte erhältlich sind. Anstelle fehlender Kartoffeln gibt es wiederum Mühlenenergie. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Alle Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer werden zu einer am Freitag den 12. Juli 1918 im großen Saale des Gewerbehauzes stattfindenden öffentlichen Versammlung von der Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer (Adresse: Röpergasse Nr. 2) eingeladen. Die brennende Frage der Zukunft der Opfer der Verteidigung ihres Vaterlandes zusammengefaßt in einem Vortrage: „Unsere sozialpolitischen Forderungen“, wird Kamerad Arthur Löwel-Dirschau erörtern. Eine freie Aussprache soll jedem Kriegsbeschädigten ermöglicht, seine Stellungnahme kundzutun.

Die größte Organisation der Kriegsbeschädigten, der Reichsbund, hat durch sein selbstloses Eintreten für alle Leidenden den Beweis für seine Daseinsnotwendigkeit erbracht. Ihm dürfte auch fernerhin das Vertrauen der Kameraden gewiß sein, trotz der vielen Neugründungen, die zum Teil politischer Natur sind und von Leuten ausgehen, die den Krieg in seinem schwersten Geschehen gar nicht kennen.

Wir machen auf die Versammlung aufmerksam unter Hinweis auf das heutige Inserat.

Eine Besichtigung der städtischen Torfanlagen
bei Rheda veranstaltete das hiesige Brenn- und Leuchtstoffamt am Sonnabend voriger Woche. An der Besichtigung nahmen etwa 15 Herren vom Brennstoffamt und dem Beirat teil. Die Teilnehmer waren überrascht von der großen Ausdehnung der Anlage und der guten Organisation der Torfgewinnung. Fünf Lokomotiven, fünf Torspresen und etwa 220 Arbeiter, Ruffen und Frauen, besorgen die gesamte Torfgewinnung. Sechs Feldbahnzüge mit je 14 Wagen können täglich etwa 200 000 fertige Torfziegel an die Staatsbahn bringen. Der Torf ist fest, leicht und trocken. Mit ihm werden alle Lokomotiven geheizt. Die wöchentliche Durchschnittsförderung beträgt eine Million

Stücktorf. Auf einem Hektar werden etwa 60 Hektol. Der Preis ist auf 2,50 Mark festgesetzt.

Der Magistrat hat aus Zweckmäßigkeitsgründen vom Ankauf des 180 Morgen großen Geländes für die Torfanlage abgesehen. Er zahlt dafür eine verhältnismäßig hohe Pachtsumme. Sachverständige sind der Meinung, daß trotz der hohen Pachtsumme die Pachtung dem Ankauf des Geländes vorzuziehen sei. Nach Abbau dieses Geländes soll ein der Staatsbahn näher gelegenes Gelände für die Torfgewinnung in Angriff genommen werden.

Bei der Einrichtung der Torfanlagen waren große technische Schwierigkeiten zu überwinden. Sie sind überwunden worden. Auch die bedeutenden Unkosten für die Einrichtung der Anlage dürften sich mit Zeit bezahlt machen. Jedenfalls begrüßen wir diese Einrichtung, die dazu dienen soll und wird, die städtische Bevölkerung während der Zeit der Kohlenknappheit mit gutem Brennstoff als Ersatz für die fehlenden Kohlen zu versorgen.

Der vorgefundene Torf war von guter Beschaffenheit. Wenn er so bleibt, und das hoffen wir, so könnten wir seine Anschaffung mit gutem Gewissen empfehlen.

* Eine Kontrolle in den Obst- und Gemüseläden im Interesse des laufenden Publikums wird in Frankfurt a. M. von Frauen in allen Stadtteilen ausgeübt. Die Gepflogenheiten der Verkäufer in der Behandlung und Abgabe der Waren, wie Beschwerden der Gemüse mit Wasser oder nassem Sand, Zurückhalten besserer oder weniger gehaltener Gemüse und Obstsorten zugunsten hochzahlender Kunden und vor allem oft enorme Höchstpreisüberschreitungen haben diese Aufsicht notwendig gemacht. Selbstverständlich kann eine durchgreifende Aenderung der bestehenden Verhältnisse nicht in kurzer Zeit erreicht werden, immerhin aber ist schon jetzt eine kleine Besserung der Mißstände zu spüren. Nur das Zusammenwirken aller kann die vielen Mißstände auf dem Obst- und Gemüsemarkt, unter denen der anständige Händler und der Käufer gleichmäßig leiden, auf ein erträgliches Maß herabdrücken.

Kirchenglocken

mußten scheiden, warum sollten wir nicht auch Gold und Juwelen ruhig scheiden sehen können? Für das Vaterland darf uns kein Opfer zu groß sein.

Goldsachenannahme: Danzig, Meibahn 2, werktägl., Abrechnung und Auszahlung Dienst, Freitag 9-12; **Dieskau,** Förstereistr. 2, werktägl. 10-12; **Dr. Stargard,** Markt 32, 9-1; **Dittsa,** Klosterstraße 6; **Zoppot,** Seestr. 26.

Goldmünzenumtausch: bei allen Postämtern und der Reichsbank.

— Erst Schinken, dann Schuhe. Dem Schuhwarenhändler Julius Davidsohn aus Straßburg wurde das Geschäft geschlossen, weil er nicht nur Wucherpreise für zurückgehaltene Schuhe forderte, sondern die Warenabgabe auch noch von der vorherigen Lieferung von Butter, Speck, Schinken usw. abhängig machte. Vier Pfund Butter waren mindestens erforderlich, ehe man Aussicht hatte, mit Davidsohn ins Geschäft zu kommen.

Vertustung der Kinos. Während des Weltkrieges hat sich die Tendenz zur Konglomerierung auch in der Filmindustrie durchgesetzt. Anfang des laufenden Jahres wurde in Berlin die Universal-Film-A.-G. (Ufa) mit dem beträchtlichen Grundkapital von 25 Millionen Mark gegründet. Gründer sind u. a. die Deutsche Bank, die Henckell-Donnersmarcksche Vermögensverwaltung, A. E. G., Hapag, Norddeutscher Lloyd. An die Ufa angegliedert ist die „Deutsche Lichtbildergesellschaft G. B.“, ins Leben gerufen und ausschließlich finanziert von der Landwirtschaft und Schwerindustrie. Im Verwaltungsrat sitzen u. a. Landrat Rötge als Präsident, der Syndikus des Zentralverbandes deutscher Industrieller Dr. Schweighoffer, Dr. Hugenberg vom Direktorium der Friedrich Krupp A.-G., Dr. Wehnert vom Deutschen Landwirtschaftsrat, Dr. Koefise vom Bund der Landwirte, zwei Vertreter der Ufa.

Das bedarf keines Kommentars. Doch weiter. Zur Ufa gehört ferner das Bild- und Filmmantel (Bifa); und der Chef der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes sitzt in der Leitung der Ufa! Und der Zweck des Ganzen? Nach der Erklärung aus der Mitte des Aufsichtsrates folgender: „Auslandspromaganda und einheitliches Auslandsgeschäft, Verwertung der Filme für „Schwarzweiß“ und vor allem Beförderung des deutschen Filmmarktes durch Erwerb von Lichtspieltheatern in allen Hauptstädten und wirtschaftlichen Konglomerationspunkten und damit eine sehr weitgehende Kontrolle über die ganze deutsche Filmproduktion und den Vertrieb.“

Rosenblumen buntgeputzten Getreidefelder strich der Wind wie mit zärtlicher Hand, daß die Halme sich in Wellen wiegten, ähnlich einem sanft bewegten Meer. Berchen stiegen trillernd empor. In Wegrändern und Hängen standen Ginsterbüsche in goldgelber Blütenpracht. Harziger Duft des nahen Rieserwaldes trieb mir entgegen. Ich konnte dem Locken der Waldgeister nicht widerstehen und verließ den Feldweg, dessen Staub ich bisher durchschritt. Der Wald nahm mich auf und spendete mir während der einstündigen Wanderung seinen Schatten. Tausendfüßiges Leben offenbarte mir die uralte ewigjunge Schöpferkraft der Erde von neuem, und umwob auch die in der Forst nahe von Seedorf in größerer Anzahl befindlichen Steingräber, deren Alter kaum annähernd bekannt ist, aber auf viele hundert Jahre geschätzt werden kann. Beobachtete Ausgrabungen dürften näheren Aufschluß geben. Demoost, gestrüppumwuchert, von Insekten umschwärmt, ruhen die alten Gräber, die jetzt noch Steinanhäufungen von etwa 2 Meter Länge, 1 Meter Breite und 1/2 bis 3/4 Meter Höhe darstellen, unter dem Schutze immergrüner Fichten und Kiefer. Die Ruhestätten längt zu Staub zerfallener Erdenpflüger predigten mir im leuchtenden Sonnengold dieses Tages Bergänglichkeit und Nichtigkeit alles irdischen Seins: Wenn „1000 Jahre sind wie ein Tag“, weshalb also Unfriede, Haß und Brudermord, wo wir doch sämtlich nur flüchtige Gäste auf Erden sind? Sollen wir, die wir alle nur eine kurze Wegstrecke gemeinsam zu pilgern haben, nicht in friedlichem Schaffen und Genießen Befriedigung finden, und darin unser Streben gipfeln, uns selbst zu edlem Menschentum zu erziehen und den strauchelnden Mitbruder zu stützen? Obwohl die jetzige Zeit es anders lehrt, brauchen wir ihre gewalttätigen Dogmen nicht als richtig anzuerkennen. Unser Ziel sei, einen Frieden auf Erden zu erlangen, der uns Eintagsgeschöpfe im Sinne der Weltzettelrechnung ein Wandeln im Licht ermöglicht, und uns nicht unerzehlliche Stunden raubt.

Ich trat aus dem Wald heraus und schritt durch das in Sonntagsruhe liegende Dorf hinaus zu dem dahinter ansteigenden Hügelgründen von beträchtlicher Höhe. Ein prächtiger Aus-

blick über den größten Teil des vielseitig ausgebuchteten, langgestreckten Mühlensees mit seinen kleinen grünen Inseln erschloß sich dem Blick. Die „Porta (Cassubica“ teilt den See in zwei Hälften und verläuft als Kunststraße, einem weißen Bande gleich, in der Ferne.

Schwer wurde mir der Abschied von lieb gewordenen stillen Blüten. — An einem der nächsten Tage kehrte ich aus der Einsamkeit cassubischen Landes zu wartender Arbeit zurück.

Ungefüllte Liebe

Wir müssen schließlich aber auch davon sprechen, daß im Leben gar manche Liebe — vielleicht die Mehrzahl aller — ihr „Objekt“ nicht findet. Alles Suchen und Werben bleibt vergebens. Die Liebe bleibt, so lange sie lebt, ohne Gegenpart oder verliert ihn, nach kurzem Glück und Glauben, wieder. Aus wie vielen Augen leuchtet uns nicht das Suchen und geheime Sehnen nach dem Geliebten entgegen. In wie vielen Leben wir nicht bangen Erwarten oder schließlich müdes Verzichten! Reich an Liebestränen, das Herz erfüllt von Verlangen. Glück zugleich zu spenden und zu empfangen, wandert der Mensch hinaus in die feindliche Welt. Aber die Schicksale, die er zu vergeben hat, werden nicht begehrt! Des Herzens Wünsche flattern umher und finden nicht die Stätte, sich niederzulassen. Die ausgelassenen Liebesboten kehren zu ihrem Ausgangspunkt zurück, wie — Briefe, die ihn nicht erreichen.“

Wie viele, die sich wechselseitig wohl zu erklären vermöchten, irren da aneinander vorüber und erkennen sich nicht! Oder es fehlt ihnen Mäßigkeit und Gelegenheit, sich anzunähern. Man begehet und verliert sich, und es bleibt nichts zurück als die Erinnerung an ein flüchtiges Flimmern der Augen, ein ahnendes Verlöschen des Blickes, ein Kitzeln des Herzens. Es hat nicht sollen sein!

Wie die Säfte im Körper, die nicht verwendet werden, verkümmern, so verodort und schwindet allmählich das Liebesleben. Das vergebliche Mühen und Kämpfen hinterläßt freilich keine Spuren. Wir finden sie bei der konstanten alten Jungfer wie bei dem arisch-arämischen Sumaoneischen, bei dem enttäuschten Gatten und der unverständenen Frau. Ein Jeder trägt, wie er kann.

(Aus: Die Liebe, ihr Wesen und ihr Wert. Von Dr. Max Rosenthal.)

* Die Zweifelhafte Pfennig-Münze. Mit der zu Bruchteilrechnung des Pfennigs macht sich das Bedürfnis ein sprechend den Anträgen des Reichstags ist nun von der Reichsverwaltung die Ausprägung eines neuen Pfennig-Münze beschlossen worden. Die Herstellung dieses neuen Geldstückes aber erst nach dem Kriege erfolgen können, da gegenwärtig erforderlichen Metallmengen nicht hergegeben werden können. Die Einführung des 2-Pfennig-Münzes wird das jetzige 2-Pfennigstück in Fortfall kommen, da es durch das Pfennigstück leicht ersetzt werden kann.

* Neue Briefmarken. Infolge der am 1. Oktober eintretenden Erhöhung einiger Postsätze ist dem Vernehmen nach die Einführung folgender Arten von Briefmarken usw. beabsichtigt: Marken zu 35 Pf. für einfache Einschreibebriefe im Fernverkehr und doppelte im Ortsverkehr, für Drucksachen, Geschäftspapiere und Mitsendungen der Gewichtsklasse 500 bis 1000 Gramm und für Postauftragsbriefe; Marken zu 75 Pf. für Pakete bis fünf Kilogramm nach der 2. bis 6. Zone; Postanweisungen zu 15 und 25 Pf. Die jetzigen Wertpostkarten zu 10 Pf. können künftig auch für den inneren deutschen Fernverkehr benutzt werden. Antwortkarten (10 + 10 Pf.) für diesen Verkehr werden neu herausgegeben mit einem von den Wertpostdoppelkarten abweichenden Ausbruch.

Aus Westpreußen

Hölle. Mit Ernährungsfragen beschäftigte sich wieder einmal eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Hölle. Genosse Gehl hatte das einleitende Referat. In etwa einstündiger Rede behandelte er das Thema unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Die letzte Versammlung beauftragte den Vorstand, eine Eingabe an den Magistrat der Stadt Danzig zu richten und zu ersuchen, die Einwohner der Gemeinde Hölle von Danzig aus mit Lebensmitteln zu beliefern. Der Antrag wurde dem Danziger Magistrat am 15. Juni mit 84 Unterschriften übersandt, er wurde leider abgelehnt. Die Versammlung beschloß eine Deputation zum Landrat zu senden und ihr ihre Beschwerden persönlich zu unterbreiten. Die Unterredung mit dem Landrat fand am Donnerstag den 4. Juni statt. Es wurde festgestellt, daß es auf die letzte Fleischkarte nur einmal Fleisch gegeben hat. Butter wurde im Monat Juni nur dreimal ausgegeben. Kartoffeln wurden drei Wochen hintereinander nicht ausgegeben und jetzt werden nur 5 Pfund wöchentlich verteilt. Die Brotration ist gekürzt worden. Ersatzmittel gibt es nicht. Vor drei Wochen gelangten nach längerer Zeit wieder einmal Mühlenfabrikate zur Ausgabe. Während Emaus 1 1/2 Pfund Einmachezucker verteilt, werden in Hölle nur 3/4 Pfund abgegeben. Kinderzulagen und Zulagen für alte Leute kamen nicht zur Verteilung. Fische sind nach Hölle nur sehr selten gekommen und dann in einem Zustande, der den Einkauf unmöglich machte. Da die Kontrolle durch den Gendarmerie nicht ausreicht um Unterschliffe aufzudecken, wurde eine Kontrolle durch Zivilpersonen gewünscht. Die in den Händen der Besitzer befindlichen Schrotmühlen sollen beschlagnahmt werden. Auch würde es die Hölle Bevölkerung mit Freude begrüßen, wenn ihr Torf geliefert würde. Ueber das Verhalten des Gemeindevorstehers h. Anbringen von Beschwerden wurde sehr geklagt.

Die eineinhalbstündige Unterredung führte zu dem Ergebnis, daß der Landrat verspricht, Besserungen eintreten zu lassen. Er wies an der Hand von Belegen nach, daß der Gemeinde Wonneberg, zu der Hölle gehört, die ihr zustehenden Lebensmittelmengen geliefert worden sind. Der Gemeindevorsteher habe sein Amt niedergelegt. An seine Stelle tritt interimistisch der Gemeindevorsteher von Emaus, der auch die Lebensmittelversorgung in die Hand nehmen und ihre Ausgabe in ortsüblicher Weise durch Anschlag bekanntmachen wird. Wegen der Torfbeschaffung solle man sich mit dem Gemeindevorsteher in Verbindung setzen. Es soll auch eine zweite Ausgabestelle für Lebensmittel in der Gemeinde Wonneberg, in Hölle, geschaffen werden. Einmachezucker werde nach den örtlichen Verhältnissen an die Bevölkerung in verschiedenen Mengen abgegeben. Diese Art der Verteilung sei von der Reichszuckerstelle empfohlen worden. Monatlich sollen auf den Kopf 100 Gramm Mühlenfabrikate und wöchentlich 87,5 Gramm Fleisch ausgegeben werden. Der Landrat verspricht sich von der Neubefugung des Gemeindeamtes eine Besserung der Belieferung mit Lebensmitteln.

Prügelnde Agrarier.

Der mecklenburgische Junker v. Derken-Roggow, der „seinen“ Schnitter an den Baum bindet, auspfeift und ihm dann befehlt, sofort weiterzuarbeiten, hat ein Gegenstück erhalten. Ein Gegenstück, in dem der Erweistliche noch bestraft wird. Man lese folgendes Urteil eines mecklenburgischen Schöffengerichts:

Der Angeklagte wird aus § 12 der Bekanntmachung vom 1./13. April 1917 (Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos) in eine Geldstrafe von 10 Mark und für den Fall, daß sie nicht beigetrieben werden kann, in eine Haftstrafe von zwei Tagen sowie in die Kosten verurteilt.

Gründe:
Der Angeklagte . . . geb. am 1. Dezember 1903 (also ein 14-jähriges Kind. Red.) hat gegen den Strafbefehl vom 17. Mai d. J. Einspruch erhoben und hat die Hauptverhandlung ergeben:
Der Angeklagte hat sich mit Bewilligung seines Vaters ordnungsmäßig beim Erbpächter Bauer in Breesen, als Kuhhirt, also in einem landwirtschaftlichen Betriebe, vermietet. Es ist richtig, daß Bauer den Angeklagten am 24. April d. J. und dem folgenden Tage mit der Peitsche und mit Ohrfeigen gequält hat; es ist aber auch festgestellt, daß dies nur infolge großer Frechheit (worin diese bestand, wird nicht gesagt. — Die Red.) des Angeklagten und ohne das Recht einer väterlichen Züchtigung (die „väterliche“ Peitsche! — Die Red.) zu überstreiten, geschähen ist; der minderjährige Angeklagte also nicht das Recht hatte, deswegen das Dienstverhältnis zu lösen und, wie er tat, einfach wegzulaufen, und zwar ebensowenig nach der Verordnung vom 3. August 1892 (mecklenburgische Gesindeordnung) als nach § 5 der Bekanntmachung vom 1./13. April 1917 (Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos) ohne schriftliche Genehmigung. Der Angeklagte war daher aus der letzteren Anordnung, als der schwereren, zu bestrafen. Man hat dem Angeklagten, nach Lage der Sache mildernde Umstände zugebilligt und eine Strafe von zehn Mark, auschließweise zwei Tage Haft, für angemessen erachtet.
So lange in Mecklenburg solche Behandlung und solche Mißsprüche möglich sind, soll man sich wenigstens nicht über Landflucht wundern.

Forderungen der Landarbeiter.

Der Zentralverband der Landarbeiter Deutschlands hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der er um die Vorlage einer Reihe von Gesetzentwürfen ersucht. Es wird u. a. verlangt Aufhebung des Realloisverfahrens, Aufhebung der Befristung, Schaffung eines allgemeinen Arbeiterrechts, Erlass von Arbeitergesetzbestimmungen, Errichtung ländlicher Schlichtungsgerichte, Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern; ferner Aufhebung der Gutsbezirke, Mitwirkung der Landarbeiter in den Landwirtschaftskammern, Verbesserung des ländlichen Wohnungswesens usw. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Landflucht der ländlichen Arbeiter, die vor Jahrzehnten einsetzte, einen Umfang angenommen hat, daß sie zu einer großen Gefahr für die deutsche Volksernährung und für die bevölkerungspolitischen Interessen unseres Volkes geworden ist. Nach der Berufszählung verminderte sich die Zahl der Berufsangehörigen bei der Landwirtschaft seit 1882 von 18,7 Millionen im Jahre 1907 auf 16,9 Millionen, während sich die Gesamtbevölkerung des Reiches in derselben Zeitspanne von rund 45 auf 68 Millionen vermehrte. Die Landflucht erstreckte sich insbesondere auf die Landarbeiterschaft.

Die Frauen- und Kinderarbeit wird in der Landwirtschaft wie kaum in einem anderen Erwerbszweig in Anspruch genommen. Von rund 15 Millionen landwirtschaftlichen Erwerbstätigen sind 8,3 Millionen weibliche Personen, ebenso sind rund 600 000 Kinder unter 14 Jahren erwerbstätig. Von der Einbringung der gewünschten Gesetzentwürfe und der Durchführung wird erwartet, daß damit der Landwirtschaft Einhalt getan werden kann.

Aus der Partei

Genosse R. Fischer 25 Jahre Reichstagsabgeordneter

Am 24. Juni waren es 25 Jahre, daß Genosse Richard Fischer den 2. Berliner Wahlkreis zum ersten Male eroberte. Seit dem 24. Juni 1893 ist der 2. Berliner Wahlkreis ununterbrochen im Besitz der sozialdemokratischen Partei geblieben und ebenso lange hat Genosse Fischer dieses Mandat in treuer Pflichterfüllung verwaltet. Dieses seltene politische Ereignis wurde von den Genossen des 2. Wahlkreises entsprechend gefeiert. Möge es Genossen Fischer noch lange vergönnt sein, die Interessen der Arbeiterschaft im Reichstage in der bestmöglichen wirksamen Weise zu vertreten.

Das 25jährige Parlamentsjubiläum feierten am 23. Juni außer dem Genossen Richard Fischer in Berlin auch die Genossen Brühne, Schmidt (Robert), Reichert u. und Legien. Brühne und Reichert haben freilich nicht ununterbrochen dem Reichstage angehört.

Gewerkschaftliches

25 Jahre Deutscher Holzarbeiterverband

Inmitten des gewaltigen Völkerringens begehen die freiorganisierten Holzarbeiter des fünfundsiebenzigjährigen Bestehens ihrer Organisation. Auf dem Holzarbeiterkongress in Kassel vom 4. bis 7. April 1918, waren es die Vertreter von vier Berufsverbänden, die den Zusammenschluß zu einem Industrieverbande beschlossen. Am 1. Juli 1918 nahm der Deutsche Holzarbeiterverband seine Tätigkeit auf.

Schon frühzeitig hat der Zentralisationsgedanke in den Reihen der Holzarbeiter tiefe Wurzeln geschlagen. Sie erkannten, daß nur in einer lückenlosen, allesumfassenden Organisation die Gewähr für die Wahrung der Interessen der Berufsangehörigen gegeben ist. Waren es doch ausgeprägte Zentralverbände, welche sich zum Industrieverbande vereinigen. Die Zentralverbände der Tischler, Drechler, Stellmacher, Bürsten- und Feinmachere sind die Träger der neuen Organisation geworden.

Nach zitterten auf dem Kongress in Kassel die Stürme des Sozialistengesetzes nach. Nicht nur die politischen Organisationen der Arbeiter hatten unter der Verfolgungsmut zu leiden. Auch die Gewerkschaften, die in ihren Reihen dem modernen Geiste huldigten, die eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft nur durch die organisierte Kraft der Arbeiter verwirklicht haben, hatten unter den Unterdrückungsmaßnahmen schwer zu leiden. Die Gewerkschaften konnten wohl gehemmt, aber nicht verhindert werden. Durch Schaffung von Unterstützungsstellen wurden die gefährlichsten Klippen umschifft. So war es auch möglich, daß wenige Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes, beim Inkrafttreten der neuen Organisation 2000 Streiter gemustert werden konnten.

„Für Deutschlands Millionär“

Aus dem ersten Heft des „Deutschen Willens“ (Schnittart).

Jüngst fuhr ich spät am Samstagabend aus der Stadt nach Hause — vierter Klasse, wie immer, wenn ich allein bin. Der Wagen spärlich besetzt, war gedrängt voll von Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich des Wochenendes freuten. Doch hörte ich kein unehöfliches, kaum ein lautes Wort. Bald fing ein Singen an: alle ländliche Volkslieder sangen in die Frühlingssnacht hinaus. Ich hatte lange in das mordbelle Redartal hinausgeschaut. Jetzt lehnte ich müde in meiner Ecke. Ich dachte ein. Die weichen Klänge vom „Hollertrauch“ verwoben sich mit den Bildern der Rundnacht.

Der Zug hielt. Ich erwachte. Langsam begriff ich, wo ich war. Eben kamen wir den Schlußort:

Beim Hollertrauch, beim Hollertrauch,
Da gibt's kein Wiedersehen,
Er jog uns fest und stark als Feld
Für Deutschlands Millionär.

Wie kann ich recht gehört? Was war das für ein Schlußwort? Nicht lehrlich und leidenschaftlich hatten sie ihn geäußert. Nein, ganz ruhig, so sanft und weich wie das ganze Lied. Mir aber gab's einen Stich durch die Seele. So scharf empfand ich den Gegensatz zwischen dem süßen Klang und dieser bitteren Klage.

Aber war diese Stimmung nicht doch begreiflich? Waren wir nicht eben an den Dämmertoren vorbeigefahren? Und das es nicht auch um Geldmangel denn im deutschen Vaterland, die den Krieg nur als Geschäft ansehen? Und wenn ich mich auch nicht unbedingt wußte an jedem Kriegsgewinn, so wurde ich doch ein Gefühl der Wirklichkeit nicht los. Was hatten wir denn nun eigentlich getan, wir „Führenden“, wir „Gebildeten“, um diesen Männern und Frauen ein besseres Dasein des großen Weltkrieges zu geben? Was hatten wir getan, um sie im innern Herzen spüren zu lassen, daß jeder mit seiner Hände Arbeit mitwirken am Ganzen? Um sie erleben zu lassen, daß keine jeder Staatsbürger sagen darf und sagen muß: „Der Staat bin ich“? Um ihnen ein Mädchen an der Seite, eine gesunde Wohnung, ein Stückchen eigen Land zu verschaffen? Was haben wir denn nicht nur geredet, sondern getan, um ihnen Feiertagsurlaub und Sonntagsgewerbe, Arbeitslohn und Ferienvergütung zu geben? Was getan, um sie körperlich und geistig in unser Volksein einzugliedern?

Es ist hundertbar, daß unter Volk das Singen kann: „Für Deutschlands Millionär“. Wüßten wir es nicht noch dahin bringen, daß einmal die Kinder, die jetzt geboren werden, ohne Furcht von den Sorgen des Weltkrieges singen: sie haben für uns! Oberhard Deder.

Die öffentlichen Erfolge, die die neue Organisation in ihrer Tätigkeit erzielte, schlossen den Industrieverband immer enger und fester zusammen. Die Bergarbeiter, Korkarbeiter und Maschinenarbeiter suchten und fanden den Anschluß. Andere sind dem Beispiel gefolgt. Einen interessanten Einblick in die Entwicklung der Organisation liefert die Mitgliederstatistik. Waren es am 1. Juli 1918 circa 28 000 Mitglieder, so steigerte sich die Zahl bis zum Jahre 1908 auf 88 602 und am Jahreschluß 1913 konnten 108 075 Streiter gemustert werden.

In rastloser Arbeit hat der Verband seine ganze Kraft für die geistige und materielle Hebung seiner Mitglieder eingesetzt. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf ein erträgliches Maß, Erhöhung der Löhne, sind die vornehmsten Aufgaben der modernen Organisation. In der Holzindustrie ist es fast zur Unmöglichkeit geworden, daß der Unternehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen festlegen kann, ohne die Arbeiter oder die Organisation zu hören. Aber in den Erfolgen auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen spiegelt sich die Tätigkeit der Organisation nicht in vollem Maße wieder. Die Angehörigen werden aus dem Gefühl dumpfer Resignation herausgehoben, lernen Klassenbewußtsein und Selbstvertrauen kennen und üben.

Diese Kulturarbeit ist durch den Krieg jäh unterbrochen. Es ist nicht die erste Krise, in welcher sich die um eine bessere Zukunft kämpfende Arbeiterklasse befindet. Allen Stürmen zum Trotz ist sie auf der einmal als richtig anerkannten Bahn mutig vorwärts geschritten. Eingedenk des Wortes: Nicht berechtigt zum Leben ist der, wer nicht den Kampf um das Leben zu kämpfen wagt, werden auch in Zukunft die Deutschen Holzarbeiter unentwegt den Kampf um eine bessere Zukunft zu führen wissen.

„Arbeiter mit Minister-Einkommen.“

Die „Planher Zeitung“ bringt unter obiger Ueberschrift folgende Notiz:

„Auf dem Verbandstage der Klempner und Installateure in Leipzig machte der Oberbürgermeister der Berliner Innung aufsehenerregende Mitteilungen über Riesenarbeitslöhne im Beruf. Ein Präzisionsarbeiter erhält wöchentlich (bei 52 Stunden Arbeitszeit) 980 Mark. Dieser Arbeiter dürfte der bestbezahlte in Deutschland sein.“

Die Mitteilungen des „Oberbürgermeisters“ der Berliner Innung sind nicht nur „aufsehenerregend“, sondern dienen in dieser trostlosen Zeit auch der Aufheiterung des Gemütes. Ein Präzisionsarbeiter mit 980 Mark Wochenlohn — also einem Jahreseinkommen von 50 960 Mark — wäre eigentlich eine Sehenswürdigkeit. Schade, daß der „Oberbürgermeister“ der Berliner Innung die Planher Zeitungsleser im dunklen gelassen hat über Name und Art dieses „bestbezahltesten“ Arbeiters in Deutschland. Das muß mit der Zeit eine großartige Sache über „bei Sekt und Champagner schwelgende Arbeiter“ in der „Deutschen Tageszeitung“ werden.

Solche Enten helfen der Aufmerksamkeit über Kriegsgewinnler und Lebensmittelwucherer am besten hinweg.

Wie es tatsächlich mit den Löhnen der Industriearbeiter bestellt ist, kehrt

eine gewaltige Kundgebung der Metallarbeiter des Rheinisch-Westfälischen Industriegebiets.

die am Sonntag im Städtischen Saalbau zu Essen stattfand. Mehr als 3000 Vertrauensleute waren der Einladung der freien, christlichen und Hirsch-Dunderschen Organisationen gefolgt. Neben Regierungs- und Gewerberäten waren eine Anzahl Landräte und Städtevertreter erschienen. Wegen Mangel an Personen hatten sich entschuldigend lassen das Generalkommando in Münster und das Kriegsamtsamt in Berlin. (Die letztere Mitteilung wurde aus der Versammlung mit den Worten quittiert: Die wollen mit uns nichts zu tun haben!) Ausführlich wurde die Lohnfrage besprochen und festgestellt, daß Löhne von 5,40 bis 10,80 Mark für ungelernete Arbeiter, 90 Pfg. bis 1,25 Mark Stundenlohn für gelernte Arbeiter und 9,60 Mark bis 12,50 Mark für Feuerarbeiter die überwiegende Regel seien. Die mangelhafte Versorgung der Arbeiter mit Kleidungsstücken, die enorme Steigerung der Krankenziffern u. a. wurden ausführlich besprochen. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Frage der Arbeitszeitverkürzung, insbesondere des freien Samstagnachmittags. Mitgeteilt und lebhaft begrüßt wurde die Nachricht, daß 80 Prozent der Arbeiter des Wiener Geschäftsbereichs nach ergebnislosen Verhandlungen am letzten Samstag sich den freien Nachmittag auf eigene Faust erobert haben. Die Stimmung in der Versammlung war äußerst erheitert und erregt. Die Organisationsleiter haben nachdrücklich hervor, daß sie bei Nichterfüllung der Wünsche der Arbeiter jede Verantwortung ablehnen müßten. Eine entsprechende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Eine zweiseitige Entschließung fordert in der Voraussetzung der wirtschaftlichen Kämpfe, die den Arbeitern der Schwerindustrie in der kommenden Friedenswirtschaft mit ziemlicher Sicherheit bevorzugen, alle Metallarbeiter auf, unerschütterlich und nachdrücklich ihre Kampfbündnisse zu stärken, um den Arbeitern der Hüttenindustrie die Gewähr zu bieten, eventuell ausbrechende wirtschaftliche Kämpfe erfolgreich durchzuführen zu können.

Wird nun das unsinnige Gerüde von den hohen Arbeiterlöhnen zerfallen?

Aus aller Welt

— Eine Million Betzwachs in dreißig Jahren. Die „Medienburgische Volkszeitung“ berichtet: „Die Herren Junge und Henneemann verkauften das Rittergut Neuhof bei Rarzhim (vorbehaltlich der Genehmigung der zuständigen Behörde) für 1 450 000 Mark an Eisenfabrikant Schlütgen (Düsseldorf). Vor 30 Jahren erwarb das Gut Rittermeister Hegeler für 450 000 Mark. Eine nüchterne Tatsache, die so für sich selbst spricht, daß sie wirklich keines Kommentars bedarf. Nur hüßel rechnen, nachrechnen, die Hausfrauen in der Küche fragen, die Frau des Arbeiters, des kleinen Beamten, des Handlungsgehilfen. . . Ganz abgesehen davon, daß der Düsseldorf Eisenfabrikant laut der Medienburgischen Verfassung dadurch, daß er sich ein Rittergut in Medienburg kaufen kann, ohne weiteres Sitz und Stimme im Landtage erhält, also Gesetzgeber in Medienburg wird! Frag nicht lang, ob der Mann sich zum Gesetzgeber eignet; ob er Medienburgs Verhältnisse und Land und Leute kennt; er hat ein Gut gekauft und das genügt. Wie lange soll das noch genügen?“

— 16 Eisenbahnstrecke wegen Diebstahls verurteilt. Wegen umfangreicher Diebstahl an Eisenbahnmaterialien wurden von der Strafkammer in König 16 Eisenbahnarbeiter und Unterbeamte zu Gefängnisstrafen von 1 Monat bis zu 1 Jahr und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Verurteilten hatten es ganz besonders auf Spiritusfässer abgesehen. Durch die starke Trunkenheit eines Unterbeamten kam die Diebstahl an des Tageslicht. Ein Unterbeamter stand bereits über 25 Jahre im Staatsdienst.

— 10 Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe wurde im dem seit mehreren Tagen die I. Strafkammer des Berlin Landgerichts III beschaffenden Kettenhandelsprozeß Voll und nollen verhängt. Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme urteilte das Gericht den Angeklagten Schlichter Wilhelm Voll weils verurteilt, teils vollendeten Betrages zu 10 Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, ferner wegen unerlaubten Handels mit Lebensmitteln in zwei Fällen zu 6000 Mark und 1000 Mark Geldstrafe. Der Kaufmann Adolf Schütz (Niederlehnhäuser) wegen wegen Beihilfe zum unerlaubten Handel mit Lebensmitteln zu 4 Mark und wegen unerlaubten Handels mit Lebensmitteln zu 1000 Mark Geldstrafe, der Kaffeehändler Karl Künger wegen unerlaubten Handels mit Lebensmitteln zu 1000 Mark Geldstrafe urteilt. Die wegen Kettenhandels mitangeklagten Großhändler Boenisch und Kaufmann Georg Steinhoff wurden freigesprochen.

Plakat

— Zur Befriedigung der Wohnungsnot sind allwärts dringliche Maßnahmen nötig und Kleinwohnungen mit 3 bis 5 Räumen errichten. Vorzügliche Vorbilder zeigt der Krupp'sche Kleinwohnungsbau in 150 Tafeln Hausplänen für Stadt und Land. Mit Text Dr. Feder. 12 Vorträge für je 1,25 Mark, gebunden 16,50 Mark. Heimkulturverlag, Wiesbaden 40. Das große erstaunlich preiswerte Wert ist für den Kleinhausbau unentbehrlich und wird den Mitgliedern der gemeinnützigen Gesellschaft „Heimkultur“ kostenlos geliefert.

— Wie jede Arbeiterfamilie im Eigenhause billiger als zur Miete wohnen kann. Wie beschafft man sich Baukapital und Hypothek? Praktische Ratschläge für Baukünstler. Der Hausgarten. Ein Buch zum Lust- und Planmachen vom königlichen Baupinspector Dr. F. B. und W. Rahm, Bezirksleiter für den Wiederaufbau in Ostpreußen. Mit 160 Abbildungen, Hausplänen usw. (106. Tausend) 4 Mark postfrei. Heimkulturverlag G. m. b. H., Wiesbaden.

Abgabe von Lebensmitteln

Es werden verabsolgt:

1. Von Montag, den 8. bis Sonnabend, den 13. Juli
a) Auf die Marke 13 der Kartoffelkarte Nr. 29 3 Pfund auf die Marke 14 2 Pfund, zusammen also 5 Pfund Kartoffeln. Soweit die aufgeführten Kartoffelmarken von den Händlern mit Kartoffeln beliefert werden können, werden durch die Kolonialwarenhandler verabsolgt:
Auf jede Marke Nr. 13 der Kartoffelkarte 120 Gramm Mischergzeugnisse, auf jede Marke Nr. 14 der Kartoffelkarte 80 Gramm Mischergzeugnisse, zusammen also 200 Gramm Mischergzeugnisse.

b) Auf die Marke Nr. 5 der Speisekartoffelkarte 62,5 Gramm Butter.

2. Von Dienstag, den 9. bis Sonnabend, den 13. Juli
a) Auf die Marken 10 und 10K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 2 und 2K der neuen Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Danzigmunicipalitäten je 125 Gramm Mischergzeugnisse. Die Marken 1K der Lebensmittelkarten in den Nachbargemeinden Bremen, Genua und Odra sind ungültig.
b) Auf die Marken 11 und 11K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 3 und 3K der neuen Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Danzigmunicipalitäten je 250 Gramm Ötergemüse zum Preise von 2,50 Mark für das Pfund.

Die Waren sind in den Geschäften, in denen die Anmeldung Bezüge von Mischergzeugnissen erfolgt ist, erhältlich.

Die von den Händlern bezinnlichten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unberzüglich einzureichen.

Danzig, den 4. Juli 1918.

Der Magistrat.

Bilanz für 1916/17

d. Konsumvereins f. Graudenz u. Umgegend eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Aktiva.	Passiva.
Warenbestand 7839,14	Mitglieder Guthaben . . . 542
Inventarkonto 1500,00	Reservefonds 72
Papier und Titeln 110,00	Dispositionsfonds 10
Kautionshinterleg.-Konto 1090,00	Lieferanten-Konto 296
Sichtkonten-Konto 60,00	Kautions-Konto 100
Kassenbestand 499,76	Nichterhobene Rückvergütungen 20
Bankguthaben 729,90	Noch zu zahlende Unkosten 33
Wechselgeld-Konto 40,00	Erübrigung 133
Guthaben bei der G. E. G. 24,80	
	11794,60

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Oktober 1916 Im Laufe des Geschäftsjahres eingetreten

Ausgeschlossen durch Aufkündigung Mitgliederzahl am 30. September 1917

Die Geschäftsguthaben betrugen am 1. Oktober 1916 . . . 565 sie verringerten sich um 22

und betrugen am 30. September 1917 542

Die Kassumme betrug am 1. Oktober 1916 1212 sie verringerte sich um 39

und betrug am 30. September 1917 1173

Graudenz, den 30. September 1917.

Der Vorstand.

Ed. Liedtke. Fr. Behrendt. J. Piolunowski.
Der Aufsichtsrat. J. L. Wllh. Haak.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

- Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller
- Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein
- Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirsch
- Heft 4. Der Nährstoffbedarf. Von Dr. Jabel-Berlin
- Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich
- Heft 6. Das Schulkind. Von Dr. Silberstein
- Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. G.
- Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes
- Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein
- Heft 10. Der Arbeiterklub. Von Dr. M. Epstein
- Heft 11. Vom weiblichen Übergewicht. Von Dr. E. Theising
- Heft 12. Das Wasserleitvermögen in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Muntz
- Heft 13. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von C. J.
- Heft 14. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von J. Martuse
- Heft 15. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Kewald.

Jedes Heft kostet 25 Pfennig.

Gute Ausgabe auf holzfreiem Papier jedes Heft 50 Pfg. Die Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollen in keiner Familie fehlen.

Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und einzeln käuflich.

Wo es der Inhalt erfordert, sind Abbildungen beigelegt.

Verlag: Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, Danzig, Paradiesgasse

...wird werden. Die Regierung aber wollte nur Fachkammern für die einzelnen Berufe zugestehen. Schließlich ist ein Kompromiß zustande gekommen, das sowohl sachlichen wie auch politischen Aufbau zuläßt und neben gemeinsamen Sitzungen auch besondere Zusammenkünfte der Arbeitervertreter vorsieht. Auch die Landarbeiter sollen besondere Fachkammern erhalten, besonders Eisenbahner und Seefleute.

Gegen dieses Kompromiß laufen die Unternehmer wütend Sturm: Die ganze Industrie sei dagegen. Darauf kommt außerordentlich wenig an. Arbeitskammern sind in erster Reihe für die Arbeiter da, und so wenig diese den Unternehmern Vorschriften über Aufbau und Tätigkeit der Handelskammern machen, so wenig sollen die Industriellen darauf bestehen dürfen, beim Arbeitskammergesetz ihren Willen durchzusetzen. Hoffentlich bleibt der Reichstag fest; eine weitere Verschlechterung des Arbeitskammergesetzes ihren Willen durchzusetzen. Hoffentlich annehmbar. Die Verabschiedung der Vorlage dürfte bis zum Herbst aufgeschoben werden, aber der Reichstag sollte noch jetzt wenigstens die erste Kommissionsberatung abschließen.

Graf Roon's Frieden

In den konservativen „Vörl.“ Nachrichten“ veröffentlicht das bekannte Herrenhausmitglied Graf Roon einen unglaublich überspannten Artikel über deutsche Friedensziele. Nachdem er dargelegt hat, daß Deutschlands Macht jetzt dort angelegt sei, wo jeder feindliche Antrag auf einen Waffenstillstand und jede Verhandlungsnegung abgelehnt werden könne, um die letzte Arbeit zur gänzlichen Vernichtung der „hochmütigen Feinde“ ausführen zu können, entwickelt er seine Friedensbedingungen. „Seht haben wir die Macht, die uns der Sieg gegeben hat.“ sagt der Graf, „um unseren niedergeworlenen Gegnern folgende Bedingungen vorzuschreiben“:

„Keine Waffenruhe, kein Waffenstillstand, keine Verständigung, so lange noch ein bewaffneter Bruch auf französischem oder belgischem Boden befindet, und wir nicht in oder vor Paris stehen.“

„Angliederung der jetzt belgischen Landesteile. Selbständigkeit des Blamantlandes.“

„Abtretung der flandrischen und französischen Küste bis einschließlich Calais an Deutschland.“

„Abtretung von Congy und Briege an Deutschland.“

„Frankreich tritt die Festungen Belfort, Toul und Verdun und die davorliegenden Grenzgebiete an Deutschland ab.“

Gründe: Nur eine große Schwächung und völlige Machtlosigkeit von Frankreich kann unserm Vaterlande dauernd Ruhe und Frieden verbürgen.“

Der Graf fordert weiter die Rückgabe aller Kolonien und Kohlenstationen und die Auslieferung von Gibraltar an die Spanier. Zur Garantierung der Freiheit der Meere aber fordert er:

„England liefert seine gesamte Kriegsstotte an Deutschland aus.“

Gründe: Weil England unsere Flotte fordert und weil die Briten unsere Handelsflotte zerstört haben.“

Neben der Forderung auf die Rückgabe Ägyptens an die Türkei verlangt dieser anexionistische Wüterich weiter die Uebergabe Serbiens und Montenegros an Oesterreich und Bulgarien und Zahlung einer Kriegsschuldigung von rund 180 Milliarden Mark! Bis diese Summe bezahlt ist, bleiben Frankreich und Belgien von Deutschland okkupiert.“ Der unersättliche Graf leistet sich in diesen seinen Kriegszieleforderungen zwischendurch noch die Unverschämtheit, von der Sozialdemokratie zu behaupten, daß sie deshalb gegen solche Forderungen sei, weil sie ein veredeltes Volk haben müsse, weil nur erbitterte und gedrückte Massen ihr folgten.

Im übrigen ist der Herr Graf der Meinung, daß die anderen den Krieg so lange weiterführen und sich hinschlachten lassen können, bis seine Kriegsziele erreicht sind.

Es sind Freunde des deutschen Volkes, diese alldeutschen Eroberer!

Seltene „Munitionsarbeiter“

Der „Vorwärts“ meldet: Aus Arbeiterkreisen der Mainzer Rüstungsindustrie wird mitgeteilt, daß in letzter Zeit die Zahl der auf Grund von Reklamationen vom Heeresdienst befreiten Personen wühlhabender Kreise, die nur zum Schein in Munitionsfabriken „arbeiten“, um sich vom Heeresdienst zu drücken, stetig größer geworden ist. Es seien in Rüstungsbetrieben Reklamierende als „Ausseher“ tätig, die nur an zwei bis drei Wochentagen 5 bis 6 Stunden täglich ihre Zeit „ablaufen“, in der übrigen Zeit aber ihrer Berufsarbeit nachgehen. Als Beispiel wird unserem Mainzer Parteiorgan folgender Fall gemeldet: Ein reicher, Kriegsvorbereitungsfähiger, kaum dreißigjähriger Landwirt aus der Alzeiger Gegend erscheint jeden Montag morgen in der Fabrik mit einem großen Paket Butter, Speck und Eier. Der Besitzer quittiert für die Liebesgaben in der Weise, daß er den Spender sofort wieder entläßt und ihn für den Rest der Woche beurlaubt. Auch aus anderen großen Rüstungsbetrieben wird über ähnliche „Reklamationsfälle“ berichtet.

Die maßgebenden Zivil- und Militärbehörden sollten sich bei den Arbeiterausschüssen und Vertrauensleuten der Arbeiter über solche Dinge erkundigen.

Alldeutsche Kreditverweigerer

Eine Drohung

Die konservativ-alldeutschen Kreise bezeichnen die „Unabhängigen“ als vaterlandslos, weil sie die Kriegskredite ablehnen. Nun nehmen sie selbst an diesem Mittel, um einen Druck auf die Regierung auszuüben, Gefallen zu finden. Die alldeutsche, vaterlandsparteiliche „Deutsche Zeitung“ beklagt die Behandlung deutscher Gefangenen im feindlichen Ausland. Das ist eine Frage, bei der alle Parteiparteien zugehören. Hier gibt es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen rechts und links. Der Sozialdemokrat fordert genau ebenso wie der Liberale und wie der Konservative Maßregeln, die eine milde Behandlung unserer in Feindeshand gefallenen Soldaten sichern. Man kann verschiedener Ansicht sein, ob von unseren Staatsmännern wirklich alles geschieht, was zur Erfüllung dieser Wünsche führen könnte. Aber die „Deutsche Zeitung“ glaubt folgenden Trumpf auszusprechen zu sollen:

Sollte das Volk dazu Skandal schlagen, sollte es sich vornehmen: „Dieser Regierung keinen Pfennig mehr?“ Ja, in der Tat, es ist die allerhöchste Zeit, daß etwas geschieht, ehe noch mehr der besten und treuesten im Lande dazu kommen, zu sagen: es müßte noch viel schlimmer kommen, damit endlich einmal wirkliche Abhilfe geschaffen wird.“

Die „Deutsche Zeitung“ fordert dann die berufenen Führer des Volkes auf, endlich auf die Stimmen der Alldeutschen zu hören. Sie meint, geschehe das nicht, so „dürften unbewußene Führer die Regenten der deutschen Herzen auf gefährliche Abwege führen“. Die „vaterlandsparteilichen“ Alldeutschen haben diese Drohung ja schon längst wahr gemacht. Anders wäre der Reichslanzier Herr von Bethmann-Hollweg wohl nicht gefürzt worden, um nur dies eine Beispiel zu nennen. Jetzt scheinen sie auch das Mittel der Kreditverweigerung im Kampfe wider die Staatsmänner und die Regierung, die ihnen nicht zu mißfallen ist, in Betracht zu ziehen.

Wenn mal Rübenbau...

Wenn wir die soziale Not der Arbeiterklasse zum Gegenstand unserer Betrachtungen machen, dann vermag man uns das. Man spricht wohl sogar von Hunger und Noth. Wie es aber die deutschen Agrarier treiben dürfen, dafür ein Schulbeispiel. Der „Deutschen Tageszeitung“, dem leitendsten aller deutschen Organe, wird zu der erregten Erörterung der Zuckerrübenpreise geschrieben (Nr. 161):

„Der Preis für Zuckerrüben ist endlich nach langem Hängen und Bangen festgesetzt, und zwar auf 3 Mk. pro Zentner (Oesterreich-Ungarn hat einen solchen von 6 Kronen). Durch das lange Hängen (samt wohl immer mehr die Hoffnung, einen angemessenen Preis in diesem Jahre zu erhalten. Was wundert es ja eigentlich, daß der Bundesrat überhaupt eine Erhöhung des Rübenpreises vorgenommen hat!“

„Daß bei diesen Preisen kein Landwirt Rüben baut, falls er nicht gerade durch Aktien oder Verträge hierzu verpflichtet ist oder es aus wirtschaftlichen Gründen tun muß, ist selbstverständlich. Der Landwirt greift zu anderen Feldfrüchten, die 1. viel weniger Arbeit erfordern und 2. einen viel höheren Gewinn lassen, was man auch seinem Menschen verdienen kann. Die kleinen Berguntzungen beim Rübenbau, wie Rücklieferung von Schnitzeln und Freigabe von etwas Zucker, sind so wenig, daß sie keinen Landwirt bewegen, die Last des Zuckerrübenbaues bei einem so niedrigen Preise zu übernehmen, zumal die Regierung in diesem Jahre keinen Stickstoff für den Rübenanbau zur Verfügung gestellt hat.“

Welch diese Art des Ausdrucks innerer Unzufriedenheit über die angeblich immer noch nicht genügend hohen Zuckerrübenpreise nicht einer direkten Aufsetzung zum Rübenbau von Zuckerrüben? Wenn wir die Arbeiter in gleicher Weise auffordern wollten, die Arbeitsstätte zu wechseln, was dann?

Ein fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter gemahnt

Im Alter von 37 Jahren wird zum 1. Juli der Seminarlehrer am Großherzoglich-Mecklenburgischen Seminar zu Lübbchen, Siedowitz, unter Weitergewährung seines derzeitigen vollen Gehalts aus seinem Amte ausscheiden und in den Ruhestand treten.“ So meldet das einschlägige Amtsblatt.

Daß ein gesunder Mann im leistungsfähigsten Alter auf den Ruhestand gesetzt wird, das mag in dieser Zeit des allgemeinen Mangels an Kräften auf allen Gebieten manchen merkwürdig erscheinen. Wer die mecklenburgischen Verhältnisse kennt, dem ist die Sache schon erklärlicher. Siedowitz war einer der einflussreichsten Lehrer des Lübbchener Seminars, das gerade das platte Land mit Lehrern versorgt. Und dieser Lehrer war — fortschrittlich gesinnt und sogar Dr. d. R. L. Nun denke man sich einen fortschrittlich gesinnten Lehrer, der mecklenburgische Guts- und Dorfschullehrer heranzubilden soll. Der mecklenburgische Landtag, in dem bekanntlich die großgrundbesitzenden Junker den Ausschlag geben, war schon lange von der Unhaltbarkeit dieses Verhältnisses fest überzeugt. Er hat sich seinen Entschluß sogar etwas kosten lassen und wirt Herrn Siedowitz, um ihn los zu werden, sein volles Gehalt nach mit der Probengebürde des Mannes, der es nicht nötig hat. Dabei herrscht überall der größte Lehrermangel, aber es ist natürlich, besser, die mecklenburgischen Kinder haben gar keine Lehrer, als solche, die ihnen das Gift modernen Denkens einträufeln könnten!

Der Wahlrechtshaf der „Kaisertreuen“

Der Bund der Kaisertreuen, der die „Deutsche Vaterlandspartei“ ergänzen will, hat wiederum zwei Druckschriften versendet. Die eine beginnt folgendermaßen:

„Euer Deutschgeborene bitte ich ergebenst, im Sinne nachfolgender Zeilen zu handeln! Keine neue Weisheit, nur die traurige Gewisheit für die, die den Mut haben, Tatsachen unverblümt mit nacktem Namen zu nennen. Das Hauptziel der Todziele Deutschlands ist fast erreicht, die Zerstörung einer starken Monarchie. So lange dürfen sie ungestört wählen, von fremdbildigen internationalen Landesverrätern als Helfershelfern, von der Verblendung schwachseliger Loren an beratenden Stellen auf das nachdrücklichste unterstützt, bis der Hauptpfeiler des deutschen Kraftbaues, trotz eines Hindenburg und unseres herrlichen Heeres, dem Einsturz nahe gebracht wurde.“

Die zweite Flugschrift hat den bezeichnenden Titel „Politische Verbrecher und Narren“. Da wird dem deutschen Reichstag nachgesagt, daß er die Geschäfte unserer Feinde besorge, und, nachdem Bethmann-Hollweg ein jammervoller Schwächling genannt worden ist, wird gegen das gleiche Wahlrecht folgendermaßen gehetzt: „Bethmann-Hollwegs Taktik erreichte, so durch und durch unwahr ihre Grundlage war, den erstrebten Zweck, denn Valentini und Genossen sorgten dafür, daß an der entscheidenden Stelle die Wahrheit verborgen blieb. Sie sind die Mißgeschicklichen an dem verabschiedungswerten Verbrechen, das hier begangen wurde, dessen Folgen unabsehbar sind. Wird die Frucht dieses Verbrechens reifen? Für die Hauptschuldigen nicht. In das welenlose Nichts sind sie hinabgesunken und jedem ehrlichen deutschen Mann ballt sich die Faust im Ingrimm zusammen, hört er ihre Namen nennen. Aber was sie getan, ruht noch als drückende Last auf der Seele des preukischen, des deutschen Volkes. Wange fragt es: Wird diese unheilvolle Vorlage Gesetz werden?“

Die Flugschrift ist u. a. unterzeichnet von: von Knobelsdorff, Major a. D., Vorsitzender; Dr. jur. Friedrich Karbe, Direktor der Deutschen Anstaltungsbank, Rittergutsbesitzer, Landtagsabgeordneter, Berlin; von Borz, Rittergutsbesitzer und Landtagsrat, Dombrömta; Baron Pigeon von Monteton, Generalleutnant z. D., Hannover; Freiherr von Doernberg, königlicher Kammerherr, Kassel; Graf von Sindenstein auf Giehren; Dr.-Ing. Ernst Körting, Hannover; von Oldenburg-Januschau, königlicher Kammerherr.

Rußland

Die Murmann-Lüste im englischen Unterhand

B. T. B. London, 2. Juli. (Reuter.) Im Unterhause fragte der Abgeordnete King (Liberal) den Staatssekretär des Auswärtigen, ob ihm folgende Tatsachen bekannt seien: Die russische Sowjet-Regierung habe die Unabhängigkeit Finnlands anerkannt. Diese Unabhängigkeit wurde der finnländischen Sowjet-Regierung gewährt, die deutschfeindlich gerichtet war. Rußland trat ihr Bestreben an der Murmanküste ab, um der befreundeten deutschfeindlichen Macht einen Ausweg an das Meer zu geben. Nachdem die finnländische Sowjet-Regierung durch die finnländischen Bürgerlichen mit deutscher Hilfe besetzt war, lehnte es die russische Sowjet-Regierung ab, die Unabhängigkeit Finnlands zu ratifizieren und legte bei der deutschen Regierung Protest dagegen ein, daß deutsche U-Boote die Murmanküste benutzten und daß die U-Boote mit finnländischer Unterstützung arbeiteten. King fragte, ob England oder die Verbündeten der russischen Sowjet-Regierung maritime und militärische Unterstützung angeboten haben oder anbieten werden, um die Häfen der Murmanküste Rußland gegen Finnland und den deutschen Einfluß zu erhalten. Lord Robert Cecil antwortete, die angeführten Tatsachen seien im wesentlichen richtig. Falls die Sowjet-Regierung die Aufforderung zu maritimem oder militärischem Bestand ergehen ließe, um russisches Gebiet gegen Deutschland zu verteidigen, wird sie sympathische Erwägung finden; aber ich bin zurzeit nicht in der Lage, weitere Erklärungen abzugeben.

Berlin, 3. Juli. Die Anfrage des Abgeordneten King im englischen Unterhause berührte eine der schwersten Fragen der englischen Verhältnisse zu Nordrußland und Finnland. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, ist an ihr auch das deutsche Interesse stark beteiligt. Die Antwort Lord Robert Cecil ist freilich nicht geeignet, Klarheit in die Angelegenheit zu bringen. Man erkennt aus ihr höchstens, daß die Frage einer größeren Unternehmung Englands vom nördlichen Eismeer aus noch nicht entschieden ist. In dem Tatbestand, den Cecil als im wesentlichen richtig bezeichnet hat, ist verstanden worden, zu erwähnen, daß die russische Sowjetregierung förmlichen Einpruch erhob gegen die Landung und die Anwesenheit englischer Truppen an der Murmanküste. England hat sich jedoch um das Prinzip der Unverletzlichkeit des russischen Gebietes nicht gekümmert und würde sich auch bei weitergehenden Entschlüssen nicht darum kümmern, wenn diese Vorteile versprechen. Es ist also wohl kaum richtig, daß England nur auf ein Signal aus Moskau wartet, um gegen Finnland zu marschieren. Daß ein solches von der heutigen Regierung in Nordrußland nicht zu erwarten ist, weiß man wohl in London. Aber die Dinge dort könnten sich wenden und für diesen Fall hat sich England eine nördliche Einsatzpforte offen gehalten. In Finnland kennt man die Gefahren und wird ihr auch mit deutscher Hilfe zu begegnen wissen.

Der „Votaleanzeiger“ meldet, eine hochstehende finnische Persönlichkeit habe mitgeteilt, daß gestern in Finnland der Beschluß gefaßt werden sollte, alle Engländer aus dem Lande auszuweisen.

Kabinettskrise in der Ukraine?

Aus der Ukraine teilt Wolfs Bureau mit: Am 27. Juni empfing der Selman eine Delegation des allukrainischen Seminars, die eine Denkschrift überreichte über die Organisierung der Regierung in der Ukraine. Darin heißt es, daß die Politik des jetzigen Kabinetts Unzufriedenheit und Unruhen im Land hervorruft, und daß daher ein neues nationales Kabinett gebildet werden müsse, welches bald die konstituierende Versammlung und den Staatsrat, der nach vor der Versammlung in Tätigkeit treten soll, einsetzen müsse. In ukrainischen Regierungskreisen spricht man von baldiger Kabinettsänderung. Es werden bereits mehrere Kandidatenlisten genannt.

Amerika

Streit amerikanischer Telegraphen und Telephonbeamten?

B. T. B. Washington, 2. Juli. (Reuter.) Wilson kündigte im Repräsentantenhause an, daß die Regierung Maßnahmen bezüglich des Telegraphen- und Telephondienstes plane. Man wird versuchen, in dieser Woche ein Gesetz durchzubringen, das den Präsidenten ermächtigt, die notwendigen Schritte zu ergreifen, um dem drohenden Streit auf den großen Telegraphenlinien zu begegnen.

Die größte jüdische Tageszeitung New Yorks

der in einer Auflage von weit über 100 000 erscheinende „Vorwärts“, wurde wegen des Verdachtes „unpatriotischen Interesses für Deutschland“ mit dem Ausschluß vom Postbetrieb durch die amerikanische Regierung bedroht. Der „Vorwärts“ mußte, um dieser Zwangsmäßregel zu entgehen, die schriftliche Erklärung abgeben, daß er sich verpflichtet, in Zukunft überhaupt keinerlei Aussprache über den Krieg in seinen Spalten zu gestatten.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, B. m. h. S. Königsberg i. Pr.

Stets kommst Du auf ihn zurück, denn "Plantox" ist nur mal „der Gute“

HERSTELLER:
PARAGUAY-FLISCHEXTRACT-GESellschaft
M. B. N. HAMBURG

Plantox ist Fleischextract-Ersatz

Genehmigt von der Ersatzmittelstelle Hamburg

Fahrräder,

neue und gebrauchte Damen- und Herrenräder in großer Auswahl, beste Friedensmaret.

Erziehvereinerung

Golz, Lan, Spirale und Leder, ohne polizeiliche Erlaubnis zu fahren.

Benzin 185

Feuerzeuge

und Gasanzünder in großer Auswahl. Besond nach jed. Ort. Angemessenes Karbid kann abgeholt werden.

Gustav Ehms

Fahrrad-Grosshandlung
1. Damm 22-23, Ecke Breitgasse.
Telephon Nr. 3478.

Neue und gebrauchte Fahrräder

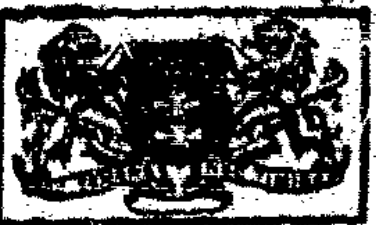
federnde Holzverehung, Leder, Spiralen, Ersatzteile für Fahrräder.

Feuerzeuge, Zahnenmesser, Säeren, Sprechmaschinen, Schalplatten, Taschenlampen, Batterien.

A. Hein, Breitgasse 113.

Der wahre Jakob

pro Nummer 15 Pf.
Buchh. Volkswacht.



Kurhaus u. Strandhalle Brösen

Täglich ab 4 Uhr nachm. **Kur-Konzert** bei freiem Eintritt

An den Sonntagen ist die Hauskapelle erheblich verstärkt, u. konzertiert sie bei „Strandwetter“ stets bis 10 Uhr abds. Betrieb ist nach wie vor bestrebt, in allem das Erreichbar Vorzüglichste zu bieten, und bereit, der größtmöglichen Zahl werter Gäste standzuhalten.

Paul Jbold, Kurhauspächter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Danzig.

Obige Organisation begeht am Sonntag den 14. Juli, nachm. 4 Uhr, im Lokale der Ww. Steppuhn, Schönbilg, das

25 jährige Jubiläum

des Gesamtverbandes, bestehend aus Konzert, Feste, Gesangsvorträgen und Hand Sachs-Spielen.

Die werthen Kollegen nebst Familie sowie Freunde der modernen Arbeiterbewegung sind herzlich eingeladen.

Eintritt pro Person 75 Pf. Der Festausgang.

Ihren lieben Kameraden Paul Reinke

bringen anlässlich seines heutigen Gedenktages ein donnerndes Hoch!

G. Ludjal. G. Grassmann. 223

Die Ortsgruppe Danzig des Reichsbundes der Kriegbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer (Adresse: Röpergasse Nr. 2)

ladet zu einer am Freitag den 12. Juli um 8 Uhr im grossen Saale des Gewerbehause, Heilige Geistgasse Nr. 82, beginnenden

Öffentlichen Versammlung

aller Kriegbeschädigten u. ehemaligen Kriegsteilnehmer ein. Sprechen wird Kamerad Arthur Löwel-Dirschau über: Unsere sozialpolitischen Forderungen.

Danach: Freie Aussprache. 224

Kameraden, die ihr die sozialen Forderungen kennen lernen wollen, bei deren Erfüllung die Leiden gemindert werden könnten, erscheint in dieser hochwichtigen Versammlung.

Der Einberufer: G. Grassmann.

Faß- und Flaschenbier

empfehlen 216

Danziger Aktien-Bierbrauerei

Abt. Danzig, Burgstraße 17.

Fernsprecher Nr. 101 und 1111.

Unsere Spezial-Abteilung für bessere Herren- und Knaben-Kleidung

ist durch grössere Neueingänge wiederum reichhaltigst in allen Grössen und Preislagen sortiert. — Unter Berücksichtigung der täglich sich steigenden Knappheit in Stoffen empfiehlt es sich, Anschaffungen auch für den Winter **jetzt schon zu machen.**

Herren-Anzüge Jünglings-Anzüge

Joppen aus leichten und auch schweren Stoffen

Mäntel jeder Art

Beinkleider aus praktischen Stoffen

Unsere fertige Herren-Bekleidung zeichnet sich durch besonders solide Stoffe, sauberste Verarbeitung und tadellosen Sitz ganz besonders vorteilhaft aus.

Walter & Fleck

Abteilung: Herren-Moden. 228

Echt getrockneten Schnupftabak offeriert

Julius Gosda, Rohstoffgroßhandlung und Schnupftabakfabrik, Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Prießtergasse 5. Fernspr. 2428

Notizbücher, Briefpapier, Feldpostkarten, Kartendbriefe, Tintenstifte und andere Schreibutensilien kaufen Sie vorteilhaft in der Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse Nr. 32.

Elbing Nahrungsmittelverteilungsplan der Stadt Elbing

für die Woche vom 8. bis 14. Juli 1918.

Montag: 3 Pfd. Kartoffeln (Kartoffelmärkte für die Woche vom 8. bis 14. Juli 1918).

1/2 Pfd. gute Öbrbruten (Nahrungsmittelmarkt)

1/4 Pfd. Käse (Zusatzmarkt für Schwer- und Schwerstarbeiter)

Dienstag: 1/4 Pfd. Hohenlohesches Gerstenmehl (Kinderzulagemarkt)

Mittwoch: 1/4 Pfd. Marmelade (Nahrungsmittelmarkt)

Donnerstag: 1/2 Pfd. Graupe (Nahrungsmittelmarkt)

Freitag: 1 Roggitzwiesel (Nahrungsmittelmarkt)

Sonntags: 1/2 Pfd. Weizenmehl (Zusatzmarkt für Schwer- und Schwerstarbeiter)

2 Päckchen Puddingpulver (Nahrungsmittelmarkt)

Freier Verkauf von Knochenbrühwürfeln, Knochenbrüweextrakt, Qualitäts-Extrakt und Nährhefe.

Zusätzlich gelangen in den bekannten Verkaufsstellen Matzebrot zum freien Verkauf.

Elbing, den 6. Juli 1918.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Achtung! Elbing. Achtung!

Mitglieder d. Sozialdem. Wahlvereins v. Elbing u. Umgeb.

Montag, den 8. Juli d. J. findet abends 8 Uhr im Volkshaus Holzstrasse 4

eine Versammlung

statt.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum neuen Aktionsprogramm der Partei. Referent: Genosse Gehl-Danzig. 2. Berichtsangelegenheiten.

Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins sind verpflichtet, für guten Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen. Zu gelassen zu dieser wichtigen Versammlung könnten nur Mitglieder werden, die sich durch Vorzeigung des Mitgliedsbuches als solche ausweisen und nicht länger als einen Monat mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Nichtmitglieder werden vor der Versammlung aufgenommen und haben dann Zutritt.

Die Parteileitung. J. H. Konrad Finsel, Vorsitzender.

Gebrüder Freymann G.m.b.H.

Billiges Porzellan Billiges Glas

Dessertteller weiss 55. 38,5	Salznäpfe bunt 12,5
Kindertassen weiss 40,5	Wassergläser verschiedene Muster 25,5
Kuchenteller mit Goldblumen . . . 125. 95. 45,5	Messerbänke gepresst 30,5
Marmeladendosen bunt 65,5	Glasschalen rund 30,5
Teller flach weiss 75,5	Geleegläser 1/2 Liter 28,5
Tassen mit Goldblumen 95,5	Klavierfüsse 35,5
Sahnesätze mit Golddekor 125	Milchsatten 1/2 Liter 45,5
Kuchenteller bunt 150	Kuchenteller Martha 50. 45,5
Kaffeekannen weiss 190	Aschenbecher Steinmuster 65,5
Schokoladenservice reich dekoriert 725	Butterdosen viereckig 95,5
Kaffeesevice steilig, reich dekoriert 750	Wasserflaschen mit Stüpsel 175
Kaffeesevice steilig, Rand dekoriert 1250	Schüsseln rund, Steinmuster 185

Steingut	Haushaltwaren	Stahlwaren	Bürsten- u. Holzwaren
Kaffeeteller 50. 45. 30 Pf.	Kartoffelschäler 25. 15. 10 Pf.	Esslöffel . . . 75. 50. 45 Pf.	Holzlöffel . . . 95. 75. 65 Pf.
Paßlöffel 95. 75 Pf.	Handleuchter . . . 35 Pf.	Küchenmesser . . . 65. 45 Pf.	Eierschränke 3.00. 2.85. 2.35
Wasserkannen dekoriert 3.50. 2.50	Kaffee- und Zuckerdosen 65 Pf.	Scheren 95 Pf.	Waschbretter . . . 3.25. 2.75
Satzschüsseln bunt 7.50. 6.75	Durchschläge 1.55. 1.50. 75 Pf.	Tischmesser . . . 2.25 95 Pf.	Scheuerbürsten 1.75. 95. 75 Pf.
Waschservice Goldrand, bunt 8.75	Königskuchenformen 1.65. 1.35. 95 Pf.	Taschenmesser . . . 95 Pf.	Schrubber . 3.00. 2.85. 2.25
Teppichgarantieren 15 teilig . . . 22.50. 18.50	Plättchen 95 Pf.	Brotmesser 1.20	Strassenbesen . . 5.25. 4.75

Trauer-

Hüte in reicher Auswahl

Büsen Handschuhe zu billigsten Preisen

Julius Goldstein

Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

Drucksachen

für Handel und Gewerbe sozv. privaten Bedarf liefert in geschmackvoller, preiswerter Ausführung schnellstens in Flach- und Rotationsdruck

Volkswacht

Danzig

Paradiesgasse Nr. 32

Jeder Band 1,50 Mark

Der Ausweg Eine Abhandlung von Dr. H. H. H.

Das Land der Zukunft

Verführtes Volk

Der Prinzipienreiter

In den Tod getrieben

Der pariser Garten

Mutter

Der Morgen graul

1000 Mark Belohnung

Vom Waisenhaus zur Fabrik

Die Marterkinderin

Kriegsfahrten

Kriegsberichte

Herzen im Kriege

Als Zwischenstückeward nach Südamerika

Jeder Band 2,- Mark

Erwähl

Der Gotteslästerer

Die Bettelei

Verbrechergeschichten I.

Zu haben in der Buchhandlung Volkswacht Paradiesgasse 32.